

# **Aktive Kommunalpolitik gegen Armut**

**Haushalt  
2010/2011  
Etatträge**

## **Aktive Kommunalpolitik gegen Armut!**

Wir haben unseren Forderungen für den geplanten Etat 2010/2011 die Überschrift **„Aktive Kommunalpolitik gegen Armut!“** gegeben, weil die Kommune Verantwortung für jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft übernehmen muss. Die Kommune ist insbesondere dann gefordert, wenn die Menschen in ihrer sozialen Existenz bedroht sind. In Krisenzeiten aber ist genau das Gegenteil der Fall: Kürzungen und Einsparungen werden zum Hauptvokabular von Politikern und Wirtschaftsverbänden. Und es trifft immer die Schwächsten der Gesellschaft. Denn sie haben weder eine Lobby noch die finanziellen Mittel, um direkt auf die Politik einzuwirken.

Es ist nicht zu leugnen, dass viele Kommunen in Deutschland sich an der Grenze zur Handlungsunfähigkeit befinden. Dies ist nicht nur die Folge der jüngsten Krise. Doch im Gegensatz zu anderen Kommunen steht Frankfurt finanziell auf solider Basis. Zwar sind nach den Rekordjahren 2006 bis 2008 insbesondere die Gewerbesteuereinnahmen auf knapp 1,1 Milliarden Euro in 2009 gesunken. Aber Frankfurt verfügt über Finanzmittel, die genügend Spielraum für eine nachhaltige Politik für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit bieten. **Unsere Etatanträge zeigen Schritte auf, um für Frankfurt diese Ziele zu erreichen.**

Sei es in der Verkehrspolitik, der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik oder in der Kulturpolitik: DIE LINKE. im Römer setzt in allen Bereichen Akzente für eine solidarische Gemeinschaft, für ein sozialeres Frankfurt.

### **Für eine Zukunft ohne Armut**

Ein wirkliches Frankfurt für alle ist nur mit dem Erhalt und der Erweiterung der kommunalen Daseinsvorsorge möglich. Deshalb gehört zu unseren zentralen Forderungen die Rekommunalisierung aller zuvor privatisierten Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ziel ist, erweiterte kommunale Steuerungsmöglichkeiten zurückzugewinnen

Realistischerweise leben fast 200.000 Menschen in Frankfurt in Armut oder sind armutsgefährdet. Jedes vierte Frankfurter Kind lebt in Armut – ebenso jeder vierte Jugendliche und junge Erwachsene. Diese Zahlen zeigen, dass in Frankfurt akuter Handlungsbedarf besteht und sofortige Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung von Armut ergriffen werden müssen.

Hierzu gehören freiwillige soziale Leistungen, etwa Kleidungsbeihilfen für bedürftige Kinder- und Jugendliche, ebenso die Anpassung der derzeitigen Einkommensgrenzen, die zum Bezug eines Frankfurt-Passes berechtigen.

Es ist wichtig, das Thema Armut in den Fokus öffentlicher Diskussion zu stellen. Und natürlich muss den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft besondere Beachtung zukommen. Kinderarmut bedeutet ein Aufwachsen, ebenso wie ein Hineinwachsen in Armut, bedeutet die Zementierung von Lebensläufen und Lebenschancen, dauerhaft eingeschränkte Grundversorgung, geringe soziale Teilhabemöglichkeiten – kurz: die Verfestigung des Stigmas „Ohne Unterstützung nicht lebensfähig“.

Was wir jetzt genauso dringend brauchen wie schnelle präventive Maßnahmen und Unterstützungsmöglichkeiten, ist ein prinzipielles Nachdenken darüber, in was für eine Zukunft wir Kinder und Jugendliche begleiten wollen. In Zeiten, in denen Vollbeschäftigung nur noch ein Geist längst vergangener Zeiten ist, Erwerbsarbeit schon lange nicht mehr vor Armut schützt, Akademiker als unbezahlte Praktikanten Kaffee servieren, kann unsere Forderung nicht allein „mehr Bildung“ und „mehr Hilfen“ lauten.

Aktive Kommunalpolitik gegen Armut verlangt nach einem ganzheitlichen Blick auf die Lebenssituation von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und muss alle Haushaltsbereiche auf ihre soziale Ausgewogenheit prüfen. Dies beinhaltet günstigen Wohnraum, gesundheitliche Vorsorge, bezahlbare Verkehrsmittel, den Erhalt sozialer und kultureller Einrichtungen und einen Jugendhilfeeinsatz, der es ermöglicht, auf aktuelle Problemlagen reagieren und fachliche Notwendigkeiten realisieren zu können. Ein ganzheitlicher Blick muss auch einen Fokus auf Lebensqualität legen. Denn soziale Ausgewogenheit kann nur im Einklang mit sozialverträglichem Umweltschutz erreicht werden.

### **Solidarität statt Stigma**

Die Ohnmacht und die Würdelosigkeit, die mit Armut, Arbeitslosigkeit und gefühltem Misserfolg verbunden sind, bleiben. Sie sind Symptome einer an Geld orientierten, marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die Integration an ihrem ökonomischen Nutzen bemisst. Es ist richtig, dass Bildung Chancen erhöht – aber sie garantiert sie nicht mehr. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte. Es ist richtig, dass Sachleistungen die gesellschaftliche Teilhabe fördern – aber Teilhabe gewährleistet nicht Mitbestimmung und Mitgestaltung. Was wir brauchen sind ökonomische Modernisierungsprozesse, ist die Herstellung wirtschaftlicher und sozialer Handlungsfähigkeit für alle in Frankfurt lebenden Menschen in Form einer ausreichenden Grundsicherung und einer Neuorganisation kommunaler Lebensräume. Deshalb gehört zu einer aktiven Kommunalpolitik gegen Armut der Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungsprogramms. Und dies mit zweifacher Intention: Langzeitarbeitslosen kann ein Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt aufgezeigt und ihre Würde zurückgegeben werden und es bedeutet einen Zugewinn an Lebensqualität für die gesamte Stadtgesellschaft. Angesichts der zunehmenden sozialen Ungleichheit führt kein Weg an langfristigen, nachhaltigen und kreativen Neuorientierungen der Kommune vorbei.

Was wir brauchen, ist das Zusammendenken einer aufeinander abgestimmten kommunalen Bildungs-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die Solidarität zum Paradigma erhebt.

**DIE LINKE. im Römer**

17. Februar 2010

## **Übersicht**

### **Etatanträge der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Produktgruppe 10: Integration und Antidiskriminierung**

- ✘ Städtische Fördermittel – beramí berufliche Integration e.V.
- ✘ HIPPY - PROJEKT ausbauen statt kaputt sparen!

#### **Produktgruppe 13: Stadtplanung**

- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut I: Bezahlbaren Wohnraum schaffen
- ✘ Studierendenhaus erhalten - Kulturelle und soziale Einrichtungen auf dem Campus Bockenheim sichern
- ✘ Hände weg von der Konstablerwache

#### **Produktgruppe 16: Nahverkehr und ÖPNV**

- ✘ Transportsystem für den städtischen Lieferverkehr (City-Logistik)
- ✘ Keine Mainbrücke Ost
- ✘ Frankfurt fußgängerfreundlich gestalten
- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut II: ÖPNV für alle: Halbierung der Fahrpreise im ÖPNV in Frankfurt
- ✘ Einhausung: bestmöglichen Lärmschutz an der A 661 und A 66 realisieren
- ✘ Lärmschutz: Konkret handeln – in Ruhe leben
- ✘ Umwidmung der Planungsmittel für den Mainufertunnel
- ✘ Aufstockung der Mittel zur Unterhaltung von städtischen Straßen und Wegen inklusive Verkehrsberuhigung

#### **Produktgruppe 17: Wohnen**

- ✘ Zentrale Auskunftsstelle für behinderten- und seniorenrechtliche Wohnungen schaffen

#### **Produktgruppe 18: Soziales**

- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut II: Kostenloses Essen in Kindertagesstätten für Kinder, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen
- ✘ Einstellung zusätzlicher Mittel in den Zuschussbereich des Fachausschusses Kinder- und Jugendförderung

- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut IV: Generalüberholung des „Frankfurt Pass“- Angebots
- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut V: Erweiterung des freien Eintritts in Frankfurter Museen
- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut VI: Kleidungsbeihilfe für bedürftige Kinder und Jugendliche
- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut VII: Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige
- ✘ Kommunale Beschäftigung I: Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen! – Öffentlich gefördertes kommunales Beschäftigungsprogramm mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen schaffen
- ✘ Kommunale Beschäftigung II: „Friedhofstaxis“ ausweiten und in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln!
- ✘ Kommunale Beschäftigung III: „StadtteilhelferInnen“ (ehemals „OrtsdienerInnen“) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln!
- ✘ Pädagogischen Beitrag stärken: Haus des Jugendrechts um zwei zusätzliche Stellen im Jugendhilfebereich erweitern
- ✘ Erhalt des Nachbarschaftszentrums Ostend
- ✘ Einstellung zusätzlicher Mittel zur Finanzierung von Tarifleistungen
- ✘ Finanzielle Unterstützung für den Verein Tiertafel e.V.
- ✘ Langfristige Finanzierung für den Verein Frauen helfen Frauen e.V. sicherstellen

### **Produktgruppe 19: Gesundheit**

- ✘ AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. - Erhöhung der städtischen Förderung
- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut VIII: Kommunaler Fonds für Leistungen im Gesundheitsbereich
- ✘ Erhalt der Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie „Treffpunkte“

### **Produktgruppe 20: Bildung**

- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut IX: Mittel für Klassenfahrten deutlich erhöhen
- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut X: Beitragsfreistellung der Eltern mit Anspruch auf ermäßigtes Kindertagesstättenentgelt in der Entgeltstufe 4
- ✘ Aktive Kommunalpolitik gegen Armut XI: Kostenloses Schülerticket einführen
- ✘ Investieren in Kopf und Bauch: Regional auftischen bei der Essensversorgung an Schulen
- ✘ Gute Praxis muss gesichert werden: Höchster Bildungsschuppen unterstützen
- ✘ Bedarfsorientierte Sanierung der IGS Herder
- ✘ Überfällige Investitionen in den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Frankfurter Schulen zügig einplanen
- ✘ Förderung der Stadtteilbibliothek Bockenheim – Vollzeitstelle einrichten
- ✘ Erhalt der Stadtteilbibliothek Riederwald
- ✘ Volkshochschule – Zuschuss erhöhen KursleiterInnen brauchen dringend eine Erhöhung ihrer Honorare

### **Produktgruppe 21: Kultur, Freizeit und Sport**

- ✘ Kultur fördern: Erhalt des antagon Theaters
- ✘ Gute Arbeit abbilden! 20 Jahre antagon Theater
- ✘ Kultur fördern: Interkulturelle Bühne unterstützen und langfristig erhalten
- ✘ Wiedereinführung der Jahreskarte für Schwimmbäder
- ✘ Kultur fördern: Mehr Zuschuss für das Kurdische Filmfestival Frankfurt
- ✘ naxos. KINO IM THEATER: Zuschuss für die Filmenthusiasten
- ✘ Versprechen halten – Die Trainingsanlage am Frankfurter Bogen muss gebaut werden
- ✘ Fördergerechtigkeit herstellen: Zuschuss für die Sportjugend Frankfurt erhöhen
- ✘ Kultur fördern: Mehr Zuschuss für das Türkische Filmfestival Frankfurt
- ✘ Begegnung muss bezahlbar sein: Zuschüsse für die Vereinsveranstaltungen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH erhöhen

### **Produktgruppe 22: Umwelt**

- ✘ Mit dem Mauersegler e.V. Dachwohnungen für Luftkisse schaffen: Arten- und Naturschutz unterstützen
- ✘ Bürgerbeteiligung zum Bau von Solaranlagen vorantreiben
- ✘ Grüne Inseln schaffen - Stadtklima verbessern
- ✘ Erfolgsmodell Stadttaubenprojekt fortsetzen

### **Produktgruppe 98: Zentrale Finanzwirtschaft**

- ✘ Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 460 auf 490 Punkte angehoben
- ✘ Die Kommune stärken: Rekommunalisierung und Beschäftigung für Alle

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Städtische Fördermittel – beramí berufliche Integration e.V.**

**Produktbereich:** 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten

**Produktgruppe:** 10.04 Gleichberechtigung für BürgerInnen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

In den Haushalt 2010 und 2011 wird für den Verein beramí berufliche Integration e.V. die Fortsetzung der bereits vorhandenen bzw. die Bewilligung neuer städtischer Fördermittel in Höhe von 220.000 Euro eingestellt. Zusätzlich zu den Mitteln im Haushalt 2010 und 2011 wird für die einzelnen Projekte folgender jährlicher Haushaltsansatz vorgesehen:

- |     |  |             |
|-----|--|-------------|
| 1.) | MiQua – hessische Leitstelle Migration | 31.000 Euro |
| 2.) | Lernhaus der Frauen                    | 15.000 Euro |
| 3.) | Startklar zum Beruf                    | 20.000 Euro |

#### **Begründung:**

beramí berufliche Integration e. V. hat sich als Einrichtung kontinuierlich professionalisiert, das Spektrum der Angebote erweitert sowie die Qualität der Angebote verfeinert. Der Verein beramí spricht mittlerweile Frauen und Männer mit und ohne Migrationsgeschichte an. Einige der Angebote richten sich an junge Frauen vor der Ausbildung und andere an Seniorinnen, die das Arbeitsleben schon hinter sich haben. Im Zentrum von beramí stehen nach wie vor Frauen, die sich beruflich integrieren wollen und deren Ziel echte Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen ist. Der Verein beramí spricht Wiedereinsteigerinnen, gut qualifizierte Migrantinnen ohne anerkannten Abschluss wie auch An- und Ungelernte an, die ins Erwerbsleben einsteigen wollen.

Im Jahr 2009 hat beramí mit städtischen Mitteln 300 Frauen in rund 900 Beratungen auf dem Weg in Arbeit, Bildung und Beruf unterstützt, 84 nehmen an einer durch städtische Mittel finanzierte (bzw. co-finanzierte) Berufsorientierungs- oder Qualifizierungsmaßnahme teil; 20 Migrantinnen haben nach dem Abschluss der Maßnahme bzw. durch die Beratung eine qualifikationsadäquate Beschäftigung gefunden.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele





**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **HIPPY - PROJEKT ausbauen statt kaputt sparen!**

**Produktbereich:** 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten  
**Produktgruppe:** 10.03 Integration und Antidiskriminierung

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Das Angebot für das Projekt HIPPY (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters) wird auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet. Die dafür nötigen finanziellen Mittel von 500.000 Euro p.a. werden in den Haushalt 2010 und 2011 aufgenommen.

#### **Begründung:**

Nicht nur seit der PISA Studie ist es Fakt, dass in Deutschland die soziale Herkunft die Bildungschancen stark beeinflusst. So haben Kinder aus sozial benachteiligten Familien so gut wie keine Chance, einen weiterführenden Bildungsweg zu beschreiten. Hier setzt HIPPY an!

Das HIPPY - Programm unterstützt sozial benachteiligte Eltern dabei, ihre 4- bis 6- jährigen Kinder zu Hause in der Entwicklung zu fördern. Diese Aktivitäten zu Hause ergänzen die Arbeit des Kindergartens mit dem Ziel, die Kinder fit für die Schule zu machen. Gleichzeitig werden die Eltern befähigt, sich aktiv am Bildungsprozess ihrer Kinder zu beteiligen.

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass die Kinder aus Familien, die in den Genuss einer Förderung durch HIPPY kamen, ohne Schwierigkeiten und mit gutem Erfolg die Schule besuchen und dass die Eltern aktiv am Schulleben teilnehmen.

#### **Was leistet HIPPY:**

HIPPY ist Hilfe zu Selbsthilfe.



HIPPY fördert die kognitiven Fähigkeiten der Kinder und macht sie fit für die Schule.

HIPPY fördert das Selbstbewusstsein der Kinder und deren Eltern.

HIPPY verbessert deutlich die Sprachkenntnisse.

HIPPY stärkt die Eltern-Kind Beziehung.

HIPPY stabilisiert sozial benachteiligte Familien.

HIPPY unterstützt Empowerment der Mütter.

In 2009 nahmen in Frankfurt ca. 150 Vorschulkinder am HIPPY-Projekt teil. Dies ist eindeutig zu wenig. In anderen Städten wie z.B. Bremen werden mehr als 230 Kinder betreut.

Mit 500.000 Euro könnten die beiden Träger in Frankfurt, AWO und AMKA, ca. 350 Familien ins Programm aufnehmen und ca. 15 Grundschulen mit Vorlaufkursen abdecken. In der Summe würden ca. 500 Familien erreicht.

Dieser präventive Ansatz verhindert Folgekosten im Bereich Kinder- und Jugendhilfe in Millionenhöhe. Mit 500.000 Euro könnte Frankfurt auch bundesweiter Modellstandort werden, an dem HIPPY für 3-Jährige durchgeführt wird.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Bezahlbaren Wohnraum schaffen - Aktive Kommunalpolitik gegen Armut I -**

**Produktbereich:** 13.01 Stadtplanung

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die ABG Frankfurt Holding wird beauftragt, im Jahr 2010 mit der Planung und dem Bau von 500 preisgünstigen Wohnungen zu beginnen. Die Anzahl der Wohnungsneubauten ist in den Folgejahren auf 1.000 Einheiten pro Jahr zu steigern.
2. Die Wohnungen werden im Passivhausstandard gebaut.
3. Der anfängliche Mietzins darf 6,25 Euro/m<sup>2</sup> nicht übersteigen.
4. Die Stadt bezuschusst jede Wohnung mit 600 Euro/m<sup>2</sup>. Bei einer durchschnittlich 65 m<sup>2</sup> großen Wohnung entspricht dies einer Förderung von 39.000 Euro.
5. Die Stadt stellt Grundstücke auf Erbpachtbasis zur Verfügung, deren Erbpachtzins die Summe von 6 Euro pro Jahr und Quadratmeter Wohnfläche nicht übersteigt.
6. Die Stadt wirkt auf stadtnahe Stiftungen ein, der ABG Frankfurt Holding günstige Erbbauflächen zur Verfügung zu stellen.
7. Der Magistrat konzipiert einen Bürgersparbrief zur Förderung preisgünstigen Wohnraums und zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emission.
8. Die Stadt Frankfurt am Main bürgt für Förderkredite der KfW-Bank (50.000 Euro je Wohnung), die von der ABG Frankfurt Holding zur Finanzierung preisgünstiger Passivhausbauten aufgenommen werden.
9. Brachliegende Gewerbeflächen werden umgewidmet in Wohnflächen mit Vorkaufsrecht der Stadt
10. Für das Haushaltsjahr 2010 werden 20 Millionen Euro und für das Haushaltsjahr 2011 werden 40 Millionen Euro in den Etat eingestellt.

## **Begründung:**

In Frankfurt mangelt es an bezahlbarem Wohnraum! Jede/r mit einem kleinen Geldbeutel, der/die in Frankfurt schon einmal auf Wohnungssuche war, macht diese Erfahrung. Auch die Mieterverbände machen schon seit geraumer Zeit auf dieses Problem aufmerksam. Die hohe Nachfrage an günstigem Wohnraum wurde mit dem Wohnungsmarktbericht der Frankfurter Immobilienbörse 2009 wissenschaftlich belegt.

Die Änderung der geltenden Kündigungssperrfrist von zehn auf fünf Jahren bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verschärft zusätzlich die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt.

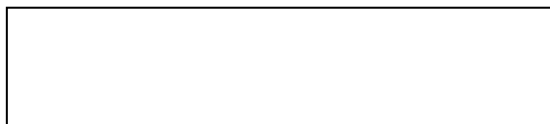
Die Stadt muss sich intensiver darum bemühen, Bauträger für Sozialwohnungen zu finden.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

### AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Studierendenhaus erhalten Kulturelle und soziale Einrichtungen auf dem Campus Bockenheim sichern**

**Produktbereich:** 13 Stadtplanung

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

In den Doppelhaushalt 2010/2011 werden ausreichend Mittel eingestellt, um die von der Bevölkerung benötigten und gewünschten kulturellen und sozialen Einrichtungen auf dem Gelände des ehemaligen Campus Bockenheim im denkmalgeschützten Studierendenhaus bereit zu stellen.

#### **Begründung:**

Die Initiative „Ratschlag Bockenheim“ sowie die Fraktion DIE LINKE. im Römer und im Ortsbeirat 2 haben in den letzten Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass die Bevölkerung über den Entwicklungsstand des Bebauungsplans Nr. 569 – Uni Campus Bockenheim informiert werden muss. Es war stets ein Anliegen der beteiligten Einzelpersonen und Initiativen, dass das denkmalgeschützte Studierendenhaus erhalten bleibt und zukünftig als Kulturhaus, Treffpunkt für Initiativen und Vereine der Stadtteile Bockenheim und Westend sowie als Kindertagesstätte genutzt wird.

Der Bedarf besteht und daher muss die Stadt Frankfurt am Main auf die zukünftigen Investoren zugehen und Planungsmittel bereitstellen.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Udo Mack

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Hände weg von der Konstablerwache**

**Produktbereich:** 13 Stadtplanung  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die im Förderprogramm „Schöneres Frankfurt“ eingestellten Mittel für die Konstablerwache in Höhe von 7,25 Millionen Euro und die Mittel für die Abdeckung der Hauptwache in Höhe von 17 Millionen Euro werden gestrichen.

#### **Begründung:**

Die bisherigen Maßnahmen zur Stadtverschönerung haben in den Augen der Bevölkerung keine Verschönerung, sondern das genaue Gegenteil bewirkt.

Der Goetheplatz hat sich in eine einsame Steinwüste im innerstädtischen Verkehr ohne jegliche Erholungsperspektive verwandelt. Die Umgestaltung der Zeil ist ein weiteres Millionengrab mit völlig unsinnigen Lampen-Spezialanlagen und überdimensionierten Pavillons im Stile der 1970er Jahre. Die beliebten Bäume wurden entfernt; völlig unsinnig in Zeiten des Klimawandels. Stattdessen weitere Ödnis geschaffen, dekoriert von vollkommen falsch platzierten Fahrradständern.

Um ein weiteres Millionengrab „Verschönerung der Konstablerwache“ zu verhindern, was dem schönen Bauernmarkt und der vielfältigen Nutzung dieses Platzes endgültig den Garaus machen würde, wird der Umbau dieses Platzes auf Eis gelegt.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Hans-Joachim Viehl



**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Transportsystem für den städtischen Lieferverkehr (City-Logistik)**

**Produktbereich:** 16 Nachverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.12 Verkehrsplanung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Magistrat gibt eine Machbarkeitsstudie für ein organisiertes städtisches Liefersystem für den Güterverkehr (City-Logistik) in Auftrag.
2. Für diese Studie wird für das Haushaltsjahr 2010 der Betrag von 100.000 Euro eingestellt.

#### **Begründung:**

Der Magistrat hat im Bericht B376 von 2009 auf den Etatantrag der LINKEN (E116/2008) die Notwendigkeit bestätigt, die Belastungen in der Innenstadt durch den Lieferverkehr zu minimieren. Er hat eine Untersuchung vorgeschlagen, welche die Möglichkeiten einer City-Logistik ausloten soll und für die der oben genannte Betrag in den Haushalt eingestellt werden soll.

Ziel einer City-Logistik ist es, die Zahl der Last- und Lieferwagen für den innerstädtischen Güterverkehr zu reduzieren und dadurch die Umwelt sowie die EinwohnerInnen Frankfurts von schädlichen Abgasen zu entlasten. Mit der Machbarkeitsstudie soll herausgefunden werden, inwieweit sich ein Konzept der City-Logistik in Frankfurt installieren lässt. Dass ein organisiertes Liefersystem in Großstädten prinzipiell machbar ist, geht aus der Publikation des Deutschen Städtetages „Leitfaden City-Logistik – Erfahrungen mit Aufbau und Betrieb von Speditonskooperationen“ vom September 2003 hervor.

Insbesondere in den Städten empfinden die BewohnerInnen anliefernde Lastwagen als störend. Die LKWs blockieren Straßen, wenn sie in der zweiten Reihe parken, wodurch der Verkehr sich staut. Die Abgase der LKWs tragen mit CO<sub>2</sub>-, Feinstaub- und Stickoxidausstoß dazu bei, das Klima zu verschlechtern. Ziel muss es von daher sein, den LKW-Verkehr in der Stadt zu reduzieren. Für die BewohnerInnen bedeuten Lärm und Umweltverschmutzung objektiv und subjektiv eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Keine Mainbrücke Ost

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die 35,947 Millionen Euro für die EZB-Brücke (Neue Mainbrücke Ost) werden aus dem Haushalt 2010/2011 gestrichen. Die Brücke wird nicht gebaut.

#### **Begründung:**

Der Bau der neuen Mainbrücke würde nicht nur zu starken Umweltbelastungen durch eine Zunahme des Autoverkehrs führen, sondern auch die Mainauen mit ihrem Erholungs- und Erlebnischarakter unwiederbringlich zerstören. Die neue Brücke soll vor allem der Fortbewegung mit dem Auto dienen. Damit würden die zaghafte Bemühungen der Stadt Frankfurt, die EinwohnerInnen sowie BerufspendlerInnen zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen, von ihr selbst konterkariert.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl

*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Frankfurt fußgängerfreundlich gestalten**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.12 Verkehrsplanung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Das Handlungskonzept des erfolgreichen Pilotprojektes „Nahmobilität Nordend“ wird auf alle anderen Stadtteile übertragen.
2. Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von 3.000.000 Euro in den Haushalt 2010/2011 eingestellt.

#### **Begründung:**

Die Stadt Frankfurt schreibt im Ergebnisbericht zum Gesamtverkehrsplan 2004: „Das Kraftfahrzeug [...] ist aber in Spitzenzeiten und bei hoher räumlicher Konzentration an der Grenze seiner Möglichkeiten angekommen.“ Weil das so ist, muss in der Großstadt Frankfurt mehr für den Fußgängerverkehr getan werden. Das Pilotprojekt „Nahmobilität Nordend“, begonnen 2006, soll den Stadtteil fußgängerfreundlicher machen. Es wurde ein Handlungskonzept erstellt und es gibt konkrete Maßnahmenvorschläge. Das Projekt basiert auf einer breiten Bürgerbeteiligung (z.B. Projektstammtische, Planungsspaziergänge), die es den EinwohnerInnen in bisher nicht da gewesener Weise ermöglicht, ihr eigenes Wohn- und Lebensumfeld mit zu gestalten.

„Nahmobilität Nordend“ steht jetzt kurz vor dem Abschluss, eine öffentliche Präsentation der Ergebnisse ist laut Webseiten der Stadt Frankfurt für März 2010 geplant. Die Resonanz bei vielen BürgerInnen in diesem Stadtteil ist so positiv, dass das Konzept auch auf andere Stadtteile übertragen werden soll. Schließlich heißt es auch im Gesamtverkehrsplan 2004: „Zufußgehende sind in der Stadt die wichtigsten Verkehrsteilnehmer.“

Zu Fuß gehen ist die umweltfreundlichste Fortbewegungsart. Nahezu ein Drittel aller Wege in der Stadt werden zu Fuß zurückgelegt. Der hohe Anteil und die hohe Bedeutung des Fußgängerverkehrs sollen durch



das Ausweiten dieses Konzeptes unterstützt werden. Das umso mehr, als dass die FußgängerInnen in der Vergangenheit durch die Politik nicht entsprechend berücksichtigt wurden. Deshalb ist die Situation für sie in Frankfurt heute vielerorts unbefriedigend. Explizites Ziel ist es, auf den nun vorliegenden positiven Erfahrungen im Nordend aufzubauen und zu einer sinnvollen gesamtstädtischen Umsetzung zu gelangen. Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Gesamtverkehrsplan eine konsequente Förderung des Fußgängerverkehrs beschlossen. Dieser Beschluss ist zügig und konsequent umzusetzen. Eine fußgängerfreundliche Stadt ist ein Stück Lebensqualität.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **ÖPNV für alle: Halbierung der Fahrpreise im ÖPNV in Frankfurt - Aktive Kommunalpolitik gegen Armut II -**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die Fahrpreise im ÖPNV für das Tarifgebiet der Stadt Frankfurt (Tarifzone 50) werden zum Inkrafttreten des Jahresfahrplans 2010/2011 halbiert. Eine Einzelfahrt für Erwachsene würde demnach 1,20 Euro kosten. Der Magistrat wird beauftragt, eine diesbezügliche Vereinbarung mit den Gremien des RMV zu treffen.
2. Der Magistrat bestellt über die traffiQ bei der VGF ab dem Jahresfahrplan 2010/2011 eine Erhöhung des Leistungsangebotes im Verkehrsgebiet der Stadt Frankfurt am Main. Dieser Mehrbedarf ergibt sich aus der zu erwartenden Nachfragesteigerung um ca. 30 Prozent.
3. Die Fahrkarten für das Stadtgebiet Frankfurt werden ausgedehnt auf den Flughafen Frankfurt.

#### **Begründung:**

Alle FrankfurterInnen müssen die Möglichkeit haben, den ÖPNV zu nutzen. Die Frankfurter Fahrpreise sind im bundesweiten Vergleich mit die teuersten. Ohne ausreichende Mobilität ist eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht möglich. Das Recht auf Mobilität muss auch für die Menschen mit kleinen Einkommen sichergestellt werden und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Für viele Menschen in Frankfurt ist der ÖPNV als Alltagsverkehrsmittel allerdings nicht mehr finanzierbar. Bei 4,80 Euro für eine Hin- und Rückfahrt mit dem ÖPNV im Tarifgebiet 50 oder 74,80 Euro für eine Monatskarte ist die Fahrt mit dem Bus oder der Bahn für BezieherInnen niedriger Einkommen wie Arbeitslose oder RentnerInnen, aber auch für GeringverdienerInnen jedoch oft eine Entscheidung zwischen der Teilnahme am gesellschaftlichen

*Die Linke. Fraktion im Römer*

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon : (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Leben oder dem Kauf existenzieller Güter. Auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten ist die Halbierung der Fahrpreise im ÖPNV notwendig.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Einhausung: bestmöglichen Lärmschutz an der A 661 und A 66 realisieren**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die Planungsmittel für die Einhausung BAB A 661 und der A 66 werden in den Haushalt 2010/2011 eingestellt, sofern Bund und Land nicht für die Kosten herangezogen werden können. Hierfür prüft der Magistrat alle Möglichkeiten.
2. Die Einhausung wird entlang des kompletten Ausbaus der A 661 und A 66 innerhalb des Stadtgebiets gebaut, sodass die AnwohnerInnen entsprechend den Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes vor Lärm geschützt werden.

#### **Begründung:**

Die Verantwortung für den Lärm an den Autobahnen haben die AutofahrerInnen als VerursacherInnen und der Bund als der Zuständige für die Autobahnen, nicht die AnwohnerInnen. Folgerichtig muss der Bund für die Kosten des Lärmschutzes aufkommen. Die Stadt Frankfurt wiederum trägt die Verantwortung für die Gesundheit der BürgerInnen. Deshalb muss sie für die Kosten für den nötigen Lärmschutz aufkommen, wenn es keine Möglichkeit gibt, das Geld vom Bund zu erhalten.

Es kann nicht sein, dass dem motorisierten Individualverkehr mehr und mehr Raum und Geld zugestanden wird, währenddessen die Gesundheit der Menschen in den Hintergrund gedrängt wird. Die Machbarkeitsstudie „Einhausung BAB 661“ von Krebs und Kiefer hat eindeutig gezeigt, dass Lärmschutz bestmöglich nur mit einer Einhausung gewährleistet werden kann. Wenn schon der Ausbau der BAB 661 nicht mehr zu verhindern ist, dann sollen zumindest die AnwohnerInnen den bestmöglichen Lärmschutz erhalten. Gleiches gilt für den Ausbau der A 66, besonders im Bereich der Ein- und Ausfahrten am



Riederwaldtunnel, der derzeit gebaut wird. Da nachträgliche Schutzbauten um ein Vielfaches teurer werden, muss jetzt beim Neubau des Tunnels die Einhausung und Luftreinigungsanlage mitgebaut werden.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Lärmschutz: Konkret handeln – in Ruhe leben**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.01 Erschließung

**Produktbereich:** 22 Umwelt  
**Produktgruppe:** 22.02 Umweltcontrolling

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. In den Haushalt 2010/2011 werden ausreichend Finanzmittel eingestellt, damit die bereits begonnenen Kommunalen Lärminderungspläne bis Ende 2010 für alle Stadtteile erarbeitet werden können.
2. Zur Umsetzung der in den Lärminderungsplänen empfohlenen Maßnahmen werden in den Haushalt 2010/2011 erstmals Finanzmittel für den aktiven und passiven Lärmschutz eingestellt. Die Mittel sind fortzuschreiben.
3. Lärmschutz ist eine komplexe Aufgabe und betrifft verschiedene Dezernate und Fachbereiche. Die Stadt Frankfurt richtet daher eine Koordinationsstelle für den Lärmschutz ein. In den Haushalt 2010/2011 wird das dafür notwendige Geld für Personal und Sachmittel eingestellt.
4. Die Stadt Frankfurt verwendet künftig bei allen Straßenbaumaßnahmen, ob Sanierung, Um- oder Neubau, ausschließlich Flüsterasphalt, um die Lärmbelästigung durch den Straßenverkehr zu reduzieren. Dafür wird in den Haushalt 2010 und 2011 ausreichend Geld eingestellt. Diese Mittel sind fortzuschreiben.
5. Es wird ein Runder Tisch eingerichtet, der von der neu geschaffenen „Koordinierungsstelle Lärmschutz“ geleitet wird. Hier werden im Austausch mit den jeweiligen AnwohnerInnen und auf der Grundlage der Kommunalen Lärminderungspläne Maßnahmen erarbeitet.
6. Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung für ein Tempolimit von Tempo 80 auf dem Frankfurter Autobahnring einzusetzen.

## **Begründung:**

Die gesetzlich zuständige Behörde für die Lärmaktionsplanung ist das Regierungspräsidium Darmstadt, das ebenfalls einen Lärminderungsplan für Frankfurt erstellt. Dieser Plan ist jedoch nicht so detailliert wie die Kommunale Lärminderungsplanung, welche die Stadt Frankfurt aus Eigeninitiative heraus für einige Stadtteile bereits erarbeitet hat. In der B 553/2008 (Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung des Landes Hessen - Lärminderungsplanung in Frankfurt am Main) heißt es dazu:

„Nach Aussage des Hessischen Umweltministeriums sind beim Land Hessen keine Finanzmittel für die Umsetzung lärmmindernder Maßnahmen der Lärmaktionsplanung bereitgestellt worden. Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird die Lärmaktionsplanung des Landes Hessen nur sehr allgemeine Handlungsempfehlungen formulieren.“

Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Frankfurt selbst aktiver wird und die Erarbeitung der Kommunalen Lärminderungspläne fortsetzt. Diese ist nämlich ins Stocken geraten. Begonnen wurde damit bereits 2001, noch immer liegen erst sechs Planungen vor. Das städtische Umweltamt, das mit der Erarbeitung betraut ist, braucht mehr Personal und mehr Geld. Die „Koordinationsstelle Lärmschutz“ ist daher hier am sinnvollsten angesiedelt.

Der Handlungsbedarf nimmt zu. Denn Lärm, insbesondere Verkehrslärm, stellt für immer mehr Menschen in der Stadt eine massive Beeinträchtigung der Lebensqualität und zunehmend eine ernsthafte Gesundheitsgefährdung dar. Ein Großteil des Umgebungslärmes in der Stadt ist Verkehrslärm. Eindrucksvoll belegt dies auch die Lärmkartierung des Stadtgebietes. Bundesweite Befragungen belegen, dass sich ca. 65 Prozent der Menschen durch Straßenverkehrslärm belästigt fühlen. In den südlichen Frankfurter Stadtteilen ist die Beeinträchtigung durch den Fluglärm besonderes schwerwiegend (s. z.B. den *Ergebnisbericht Lärminderungsplanung Schwanheim und Goldstein* 2006). Nachgewiesen sind zahlreiche Krankheitsbilder, die durch Lärm ausgelöst werden, von Konzentrationsschwächen und Schlaflosigkeit über Schwerhörigkeit bis hin zu Herz-Kreislaufkrankungen.

Der Schutz der in der Stadt lebenden und arbeitenden Menschen vor Lärm ist daher eine der vordringlichsten Aufgaben. Die Frankfurter Lärminderungspläne dokumentieren unmittelbar die Notwendigkeit zum Handeln. Maßnahmen zur Verminderung des Lärms wie z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Lärmsanierung („leiser“ Straßenbelag), Lärmschutzpflanzungen und bauliche Lärmschutzmaßnahmen kosten Geld. Sollen die Lärmkartierung und die erarbeiteten Lärminderungspläne nicht folgenlos bleiben, muss der Magistrat entsprechende Mittel für passiven wie auch aktiven Lärmschutz in den Haushalt einstellen.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Umwidmung der Planungsmittel für den Mainufertunnel**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die für die Planung eines Tunnels zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke/nördliche Mainuferstraße eingestellten Mittel werden umgewidmet. Statt eines aberwitzigen und teuren Tunnels sollen die Planungsmittel eingesetzt werden, um

- a) eine Sperrung der nördlichen Mainuferstraße und ein weiträumiges Umfahrungskonzept zu entwickeln, und
- b) ein Gestaltungskonzept für eine Promenade auf diesem Straßenabschnitt auszuarbeiten.

#### **Begründung:**

Der Tunnel ist offensichtlicher Unsinn. Um das Mainufer für die FußgängerInnen zu gewinnen, gibt es viel einfachere Möglichkeiten.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl

*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)  
Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon : (069) 95 92 909- 0  
Fax : (069) 95 92 909- 17

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Aufstockung der Mittel zur Unterhaltung von städtischen Straßen und Wegen inklusive Verkehrsberuhigung**

**Produktbereich:** 16 Nahverkehr und ÖPNV  
**Produktgruppe:** 16.03 Verkehrsanlagen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die Mittel zur Unterhaltung der städtischen Straßen und Wegnetzes werden auf 1,30 Euro/qm jährlich erhöht.
2. Bevor Straßen saniert werden, soll geprüft werden, inwieweit verkehrsberuhigende Maßnahmen möglich sind.

#### **Begründung:**

Frankfurts Straßen sind teilweise in einem beklagenswerten Zustand. Für die Unterhaltung standen bisher ca. 0,77 Euro/qm jährlich zur Verfügung. Das war zu wenig und hat die Substanz massiv geschädigt, wie in diesem Winter durch die in vielen Straßen auftretenden Frostschäden sichtbar wird. Die Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen hält allein zur Substanzerhaltung 1,30 Euro/qm jährlich für erforderlich. Deshalb müssen die Mittel auf 1,30 Euro/qm erhöht werden um langfristig größere Schäden und Folgekosten zu vermeiden.

Der Bau verkehrsberuhigter Straßen in Frankfurt ist mehr denn je geboten. Mit immer größerer Geschwindigkeit rasen die Autos über die breiten Straßen der Großstadt. So stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle von 1998 bis 2008 von 15.262 auf 17.283 jährlich, das entspricht einer Steigerung um rund 11,7 Prozent. 189 Menschen starben. Alleine in 2008 verunglückten 3.141 Menschen, 20 davon starben (Quelle: Verkehrsbericht Polizei Frankfurt).

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Zentrale Auskunftsstelle für behinderten- und seniorengerechte Wohnungen schaffen**

**Produktbereich:** 17 Wohnen  
**Produktgruppe:** 17.01 Wohnen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Für eine neu zu schaffende zentrale städtische Auskunftsstelle für behinderten- und seniorengerechte Wohnungen in Frankfurt am Main werden in den Etat der Stadt für die Jahre 2010 und 2011 ausreichend Mittel eingestellt.
2. In Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt, den kommunalen und freien Wohnungsgesellschaften und den Behindertenverbänden wird eine Bestandsaufnahme aller behinderten- und seniorengerechten Wohnungen in Frankfurt am Main, sowohl bei den kommunalen als auch bei den freien Wohnungsgesellschaften, erstellt.
3. In Zusammenarbeit mit den unter 2. genannten Organisationen ist eine Bedarfsanalyse des zu erwartenden Bedarfs an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen in Frankfurt am Main zu erstellen. Diese Bedarfsanalyse wird jährlich fortgeschrieben.

#### **Begründung:**

Für behinderte und ältere Menschen ist es in Frankfurt sehr schwer, eine behinderten- und seniorengerechte Wohnung zu bekommen. Das Amt für Wohnungswesen als logische erste Anlaufstelle vermittelt nur Wohnungen an Menschen innerhalb festgelegter Einkommensgrenzen, zumeist EmpfängerInnen von Sozialleistungen. Wer mit seinem Einkommen auch nur um ein paar Euro darüber liegt, wird abschlägig beschieden. Über den Gesamtbestand an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen im öffentlich



*Die Linke. Fraktion im Römer*

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de**

**Internet: www.dielinke-im-roemer.de**

**Telefon : (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

geförderten und nicht-öffentlich geförderten Wohnungsbestand liegen dem Wohnungsamt offenbar keine ausreichenden Daten vor. Viele behinderte und ältere Menschen sind deshalb gezwungen, die verschiedenen Wohnungsgesellschaften in Frankfurt am Main oft erfolglos auf der Suche nach einer behindertengerechten und barrierefreien Wohnung abzufragen oder sich auf eine Warteliste setzen zu lassen. Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, die Auskunft über behinderten- und seniorengerechten Wohnungen erteilt, ist daher dringend geboten.

Es ist unglaublich, dass sich in Frankfurt schwer kranke und alte Menschen von einer Stelle zur anderen Stelle bemühen müssen, um eine behindertengerechte Wohnung zu erhalten. Dieser Zustand ist unhaltbar und einer Metropole wie Frankfurt unwürdig, die seit Jahren die Deklaration von Barcelona (die Rechte der Menschen mit Behinderungen auf Gleichbehandlung zu verankern) unterschrieben und sich der Barrierefreiheit verpflichtet hat.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Kostenloses Essen in Kindertagesstätten für Kinder, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen**

- Aktive Kommunalpolitik gegen Armut III -

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

In den Zuschussbereich des Fachausschusses Kinderbetreuung werden für die Jahre 2010 und 2011 jeweils 2.100.000 Euro zusätzlich eingestellt, um für Kinder, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, kostenfreies Essen in den Kindertagesstätten zur Verfügung stellen zu können. Diese Leistung darf keine Regelsatzminderung im Sinne einer „häuslichen Ersparnis“ darstellen.

#### **Begründung:**

Die derzeit bei den Eltern verbleibenden Kosten im Rahmen der häuslichen Ersparnis in Höhe von 30 Euro für das erste und 15 Euro für das zweite Kind sind für BezieherInnen von Leistungen nach SGB II/SGB XII nicht tragbar. Wie der Fachausschuss berichtete, kommt es immer häufiger zu Kündigungen des Betreuungsplatzes, weil die Eltern diese Summe nicht aufbringen können. Der Jugendhilfeausschuss hat der Anregung des Fachausschusses entsprochen und angeregt, die derzeit als häusliche Ersparnis bei den Eltern verbleibenden Kosten aus dem Etat der Stadt Frankfurt zu finanzieren.

So können alle Kinder – unabhängig von Einkommens- und Erwerbssituation der Eltern – an der täglichen Mittagsversorgung teilnehmen und Kündigungen von Betreuungsplätzen aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten wird entgegengewirkt.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Einstellung zusätzlicher Mittel in den Zuschussbereich des Fachausschusses Kinder- und Jugendförderung**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

In den Zuschussbereich des Fachausschusses Kinder- und Jugendförderung werden für das Jahr 2010 zusätzliche Mittel in Höhe von 620.000 Euro in den Haushalt eingestellt und für das Jahr 2011 zusätzliche Mittel in Höhe von 1.100.000 Euro.

#### **Begründung:**

Der in den Jahren 2010 und 2011 im Fachausschuss dargestellte Mehrbedarf kann nicht aus den bisher vorgesehenen Mitteln getragen werden. Der Jugendhilfeausschuss hätte lediglich die Möglichkeit, in dem Bereich, der unter seine Verteilungshoheit fällt (Zuschuss Bereich der freien Träger, hier: Leistungen, die nicht-vertraglich gebunden bzw. nicht durch das SGB II abgesichert sind) Korrekturen vorzunehmen. Dies ist nur durch Einschränkungen des bisherigen Angebotes in Form von Kürzungen oder Streichungen bei bestehenden Einrichtungen, Maßnahmen und Projekten möglich.

Derartige Eingriffe in die Strukturen der Kinder- und Jugendförderung sind aus folgenden Gründen fachlich groß fahrlässig und nicht zu verantworten:

1. Die Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendförderung stehen aufgrund ihrer vielfältigen Arbeitsschwerpunkte und Ausgestaltungen – und nicht zuletzt auch aufgrund des niedrigschwellig angelegten Zugangs – einer großen Zahl von Adressatinnen und Adressaten zur Verfügung.
2. Kinder- und Jugendförderung bietet Orte der außerschulischen Bildung und der Mitbestimmung, die für das Aufwachsen, die Kompetenz- und Persönlichkeitsbildung von Kindern- und Jugendlichen von

großer Bedeutung sind. Die Grundprinzipien der Träger und insbesondere die Subjekt- und Ressourcenorientierung stützen die Herausbildung von eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen jungen Menschen und hilft Lebensperspektiven und Ziele zu entwickeln. Insbesondere an der Schwelle zum Erwachsenwerden ist sie eine wichtige Unterstützung bei der Vorbereitung auf bevorstehende Entscheidungen und neue Lebensabschnitte.

3. Kinder- und Jugendförderung wirkt präventiv und stellt aufgrund der intensiven Vernetzung und Kooperationen der Träger ein natürliches und zuverlässiges Frühwarnsystem – sowohl für individuelle Lebenslagen, als auch in Bezug auf gesellschaftliche Problemstellungen – zur Verfügung.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Generalüberholung des „Frankfurt Pass“- Angebots**

- Aktive Kommunalpolitik gegen Armut IV -

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Das Leistungsangebot des Frankfurt- Passes wird ausgeweitet, die entsprechenden Mittel werden in den Haushalt eingestellt. Die seit Jahren eingefrorenen Einkommensgrenzen für den Erhalt des Frankfurt-Passes werden der allgemeinen Preisentwicklung angepasst und deshalb um 25 Prozent angehoben. Im Einzelnen:

##### 1. Anpassung der Einkommensgrenzen:

Die derzeitigen Einkommensgrenzen werden um 25 Prozent erhöht:

1-Personenhaushalt von 869,00 Euro netto auf 1087,00 Euro  
2-Personenhaushalt von 1.125,00 Euro netto auf 1407,00 Euro  
3-Personenhaushalt von 1.380,00 Euro netto auf 1725,00 Euro  
4-Personenhaushalt von 1.636,00 Euro netto auf 2045,00 Euro  
5-Personenhaushalt von 1.892,00 Euro netto auf 2287,00 Euro

und erhöhen sich für jedes weitere Mitglied der Haushaltsgemeinschaft von derzeit 256,00 Euro auf 320,00 Euro netto. Der Frankfurt Pass gilt für alle Leistungsberechtigten gleichermaßen für die Dauer von 12 Monaten.

##### 2. Ausweitung des Leistungsangebots

Für folgende Angebote ist eine Erweiterung der Ermäßigung zu prüfen:

*Die Linke. Fraktion im Römer*

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail:**

**info@dielinke-fraktion.frankfurt.de**

**Internet:**

**www.dielinke-im-roemer.de**

**Telefon : (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

- a) Eintritt in alle städtischen Museen und Ausstellungen.
- b) Eintritt in alle Einrichtungen des Breitensports, etwa städtische Schwimmbäder
- c) Zeitkarten im Bereich der Stadt Frankfurt, Tarifbereich 50
- d) Kursangebote der Volkshochschule

### **Begründung:**

Zu 1: Die seit Jahren überfällige Anhebung der Einkommensgrenzen beträgt nach dieser Rechnung 25 Prozent. Das trägt den gestiegenen Mieten und Energiekosten Rechnung, den allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten in Folge der Erhöhung der Mehrwertsteuer und den gestiegenen Kosten zur Erhaltung der Gesundheit. Gegenüber den derzeitigen, nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entsprechenden Einkommensgrenzen, hat sich der Kostendruck auf prekär Beschäftigte und Arbeitslose dramatisch verschärft. Hinzu kommt, dass die Rentnerinnen und Rentner die gestiegenen Lebenshaltungskosten durch die vorangegangenen Nullrunden und die letzte, minimale „Rentenerhöhung“ nicht mehr ausgleichen können.

Der Preis für das Monatsticket im Stadtgebiet beträgt mittlerweile 51,60 Euro für Frankfurt Pass-InhaberInnen.

Eine Erhöhung betrifft Frankfurt Pass-InhaberInnen überproportional – und damit eine Personengruppe, deren Finanzsituation ohnehin schon extrem angespannt ist. Die Monatskarte für diesen Personenkreis hat deshalb grundsätzlich kostenfrei zu sein.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Januar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Erweiterung des freien Eintritts in Frankfurter Museen - Aktive Kommunalpolitik gegen Armut V -**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Frankfurter Museen bieten an einem Werktag (hier: Montag bis Freitag) freien Eintritt an.

#### **Begründung:**

Wir freuen uns, dass der Kulturpass und der eintrittsfreie letzte Samstag im Monat zunehmend auch Menschen mit geringem Einkommen das Erleben und die Beschäftigung mit Kunst und Kultur ermöglichen.

Zusätzlich zu diesen Angeboten besteht jedoch weiterhin Bedarf, einen eintrittsfreien Tag unter der Woche einzuführen. Dies insbesondere für Träger des Sozialbereichs, insbesondere im Bereich psychotherapeutisch begleiteter Maßnahmen, die am Wochenende nicht oder nur eingeschränkt tätig sind und das Angebot mit ihren KlientInnen deshalb nicht für gemeinsame Besuche nutzen können.

Allgemeinbildende Schulen sowie Träger aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit können jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft den Zugang zu kultureller Bildung öffnen. Ein eintrittsfreier Tag unter der Woche würde die Träger stärker zum gemeinsamen Museumsbesuch animieren und die Position der Museen als Bildungseinrichtung stärken.

Auch für Träger aus anderen sozialen Bereichen – etwa der Arbeit mit alten Menschen oder Menschen, die aufgrund physischer oder psychischer Beeinträchtigungen Betreuungs- und Begleitungsbedarf haben – würde der eintrittsfreie Tag eine Bereicherung bedeuten. Kulturelle Teilhabe hat einen unbestreitbar

positiven Einfluss auf den gesundheitlichen Status der Betroffenen: durch den Abbau von Depressionen, das Aufbrechen von Isolation und die Milderung anderer psychosozialer Symptome infolge kultureller und sozialer Ausgrenzung.

Für die Museen ist es eine lohnende Angelegenheit, auf diese Weise auch jenen Menschen, die sich Museumsbesuche sonst nicht leisten könnten, Kultur nahe zu bringen. Mehr Museumsbesucher bedeuten auch mehr Öffentlichkeit und mehr Beachtung zukünftiger Ausstellungen.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele





Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

### **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

#### **Kleidungsbeihilfe für bedürftige Kinder und Jugendliche**

- Aktive Kommunalpolitik gegen Armut VI -

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Frankfurt gewährt ab dem Jahr 2010 eine freiwillige soziale Leistung in Form einer Beihilfe für Kleidung und Schuhe (sowie deren Instandsetzung), als „zweckbestimmte Einnahme“ gemäß SGB II, § 11, Absatz 3, Ziffer 1a und als „Zuwendungen“ gemäß SGB XII, § 84, Ziffer 2, für:

- BezieherInnen von Grundsicherung nach dem SGB XII,
- EmpfängerInnen von ALG II nach dem SGB II,

bis zum 21. Lebensjahr.

- Kinder und Jugendliche die in einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II und XII leben.

Die Kleidungsbeihilfe beträgt: 100,00 Euro pro Jahr

Hierfür wird ein Betrag von 3,5 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Die Sozialämter und ARGEn werden angewiesen diese zweckbestimmten freiwilligen sozialen Leistungen nicht auf die Transferleistungen nach SGB II und SGB XII anzurechnen.

#### **Begründung:**

Mit rund 67.000 LeistungsbezieherInnen ist ein Zehntel aller Frankfurter Bürgerinnen und Bürger derzeit auf die sogenannte „Grundsicherung“ angewiesen; davon ist fast die Hälfte unter 25 Jahren. Jedes vierte Frankfurter Kind lebt in Armut.



*Die Linke. Fraktion im Römer*

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail:**

**info@dielinke-fraktion.frankfurt.de**

**Internet:**

**www.dielinke-im-roemer.de**

**Telefon : (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Der dramatische Anstieg der Kinder- und Jugendarmut in Frankfurt in Folge der Umsetzung der sog. Sozialreformen ist ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Insbesondere nicht in einer so reichen Stadt wie Frankfurt am Main.

Durch die Novellierung von SGB II und XII („Hartz-IV-Gesetze“) sind seit dem 1. Januar 2005 Kleidungsbeihilfen in diesen Bereichen weggefallen, die Kommunen haben jedoch die Möglichkeit, solche Beihilfen auf freiwilliger Basis, gemäß SGB II, § 11, Absatz 3, Ziffer 1a (zweckbestimmte Einnahmen) und SGB XII, § 84, Ziffer 2 (Zuwendungen) zu gewähren.

Die Gewährung der vorgeschlagenen Kleidungsbeihilfe ist aus drei Gründen dringend geboten:

- Die Regelsätze nach SGB II und SGB XII gewähren vor allem für Kinder und Jugendliche einen Lebensstandard, der sich deutlich unter dem Existenzminimum bewegt. Zusätzliche Ausgaben, die aufgrund von Wachstum anfallen, sind darin nicht berücksichtigt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat dazu eine gründliche Expertise vorgelegt, die eine deutliche Erhöhung der Leistungen für Kinder und Jugendliche begründet. Die Veränderungen der Regelsätze zum 01.07.2009 haben dem nicht ausreichend Rechnung getragen.
- Kinder und Jugendliche benötigen wachstumsbedingt regelmäßig größere Kleidungsstücke oder Schuhe. Dieser Bedarf kann durch die bestehenden Leistungen nicht abgedeckt werden. Ausgewachsen sind Kinder und Jugendliche mit etwa 20 Jahren.
- Alle Untersuchungen zeigen, dass die unteren Einkommensschichten ihre Einnahmen vollständig für ihren Konsumbedarf einsetzen. Die Kleidungsbeihilfe wird daher von den Begünstigten unmittelbar für den Konsum verwendet werden und somit wichtige konjunkturelle Impulse für die Binnennachfrage setzen. Neben den LeistungsempfängerInnen profitiert somit auch der Frankfurter Einzelhandel von einer solchen außerordentlichen Beihilfe.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige - Aktive Kommunalpolitik gegen Armut VII -**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Frankfurt gewährt ab dem Jahr 2010 eine freiwillige soziale Leistung in Form einer Weihnachtsbeihilfe, als „zweckbestimmte Einnahme“ gemäß SGB II, § 11, Absatz 3, Ziffer 1a und als „Zuwendungen“ gemäß SGB XII, § 84, Ziffer 2, für:

- Bezieher/innen von Grundsicherung nach dem SGB XII,
- Empfänger/innen von ALG II nach dem SGB II,
- Heimbewohner/innen, die Taschengeld nach dem SGB XII erhalten.

Die Weihnachtsbeihilfe beträgt einheitlich für:

Haushaltsvorstand	100,00 Euro
Haushaltsangehörige	100,00 Euro
Heimbewohner / Pflegebedürftiger	100,00 Euro

Hierfür wird ein Betrag 7,5 Millionen Euro eingestellt. Die Sozialämter und ARGEn, bzw. deren eventuelle Nachfolgeorganisationen, werden angewiesen diese zweckbestimmten freiwilligen sozialen Leistungen, gemäß SGB II, § 11, Absatz 3, Ziffer 1a und als „Zuwendungen“ gemäß SGB XII, § 84, Ziffer 2, nicht auf die Transferleistungen nach SGB II und SGB XII anzurechnen.

#### **Begründung:**

Der dramatische Anstieg der Kinder- und Altersarmut in Frankfurt in Folge der Umsetzung der sog. Sozialreformen ist ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Insbesondere nicht in einer so reichen Stadt wie Frankfurt am Main.

Durch die Novellierung von SGB II und XII („Hartz-IV-Gesetze“) sind seit dem 1. Januar 2005 Weihnachtsbeihilfen in diesen Bereichen weggefallen, die Kommunen haben jedoch jederzeit die Möglichkeit, solche Beihilfen auf freiwilliger Basis, gemäß SGB II, § 11, Absatz 3, Ziffer 1a (zweckbestimmte Einnahmen) und SGB XII, § 84, Ziffer 2 (Zuwendungen) zu gewähren.

Die Gewährung der vorgeschlagenen Weihnachtsbeihilfe ist aus drei Gründen dringend geboten:

- Die Regelsätze nach SGB II und SGB XII gewähren einen Lebensstandard, der sich – nach Untersuchungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – erheblich unter dem Existenzminimum bewegt. Zusätzliche Ausgaben, wie sie insbesondere in der Weihnachtszeit aus Gründen der Teilhabe am soziokulturellen Leben anfallen, sind darin nicht berücksichtigt. Die Besorgung kleinerer Geschenke für Familienangehörige oder Freunde und Bekannte ist ebenso unmöglich wie ein den Festtagen angemessenes Familienessen oder auch nur ein Weihnachtsbaum.
- Nach etlichen „Nullrunden“ bei der Rentenanpassung bzw. decken die aktuellen „Erhöhungen“ nicht einmal annähernd die Inflationsrate ab. Immer mehr Frankfurter Rentnerinnen und Rentner in der Grundsicherung, insbesondere in Alten- und Pflegeheimen, sind deshalb häufig nicht mehr in der Lage, das Weihnachtsfest angemessen zu feiern.
- Alle Untersuchungen zeigen, dass die unteren Einkommensschichten ihre Einnahmen vollständig für ihren Konsumbedarf einsetzen. Die Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige wird daher unmittelbar für den vorweihnachtlichen Konsum verwendet werden und somit wichtige konjunkturelle Impulse für die Binnennachfrage setzen. Neben den Leistungsempfängern profitiert somit auch der Frankfurter Einzelhandel von einer solchen außerordentlichen Beihilfe.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen! – Öffentlich gefördertes kommunales Beschäftigungsprogramm mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen schaffen - Kommunale Beschäftigung I -**

**Produktbereich:** 18 Soziales

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend ein öffentlich gefördertes kommunales Beschäftigungsprogramm mit dauerhaften, tariflich bezahlten Arbeitsplätzen zu schaffen.
2. Die bestehenden Ein-Euro-Jobs („Frankfurt-Jobs“) werden in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtig und tariflich entlohnte Arbeitsplätze umgewandelt.
3. Die für die Jahre 2010/2011 bereitgestellten Mittel für kommunale Beschäftigungsmaßnahmen werden auf jeweils 10 Millionen Euro aufgestockt.

#### **Begründung:**

Der Arbeitsmarkt in Frankfurt ist weiterhin durch hohe Unterbeschäftigung gekennzeichnet. Quantitatives Wirtschaftswachstum ist schon lange keine Garantie mehr für ein Wachstum an neuen Arbeitsplätzen, sondern hat zunehmend zu einem Wachstum der Armut geführt. Im Januar 2010 waren in Frankfurt am Main, Stadt immer noch 27.561 Personen arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von



8,1 Prozent Der Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer an allen registrierten Arbeitslosen in Frankfurt ist trotz der eher perspektivenlosen Ein-Euro-Jobs weiterhin unvermindert hoch.

Ohne ausreichende, die Existenz sichernde und tariflich entlohnte Arbeitsplätze für ihre Bürgerinnen und Bürger sind Kommunen auf Dauer nicht lebens- und zukunftsfähig. Insbesondere Langzeitarbeitslose haben derzeit so gut wie keine Chancen auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt. Gleichzeitig werden gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten im sozialen und ökologischen Bereich nicht erledigt oder mögliche neue reguläre Existenz sichernde Arbeitsplätze durch den Einsatz von Ein-Euro-JobberInnen in diesen Bereichen verhindert. Deshalb muss auf kommunaler Ebene umgehend ein öffentlich gefördertes Kommunales Beschäftigungsprogramm geschaffen werden. Diese neuen Arbeitsplätze sollen unbefristet sein und den Menschen bis zum Rentenübergang eine als sinnvoll empfundene Beschäftigung garantieren.

Ein Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung ermöglicht benachteiligten Personengruppen ihren Lebensunterhalt durch Existenz sichernde Erwerbseinkommen zu bestreiten. Dies ist nicht nur ein Beitrag zur Armutsvermeidung, sondern auch zur aktiven sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft. Dies kann allerdings die Heranziehung von Langzeitarbeitslosen zu sozialrechtlichen Tätigkeiten in Form entwürdigender Ein-Euro-Jobs als „Gegenleistung“ für erhaltene Sozialleistungen (sog. Workfare) nicht leisten, da die betreffenden Menschen de facto weiterhin arbeitslos und auf Hartz IV-Transferleistungen angewiesen sind und zudem im Vergleich zu regulär beschäftigten ArbeitnehmerInnen entrechtet und diskriminiert sind. Alle in Frankfurt bestehenden Ein-Euro-Jobs werden deshalb umgehend in öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Arbeitsplätze umgewandelt.

Öffentlich geförderte Vollzeitbeschäftigung in sozialversicherungspflichtiger Form ist nur mit relativ geringen volkswirtschaftlichen Mehrkosten im Vergleich zu passiven Sozialleistungen verbunden. Dies hat auch der Bundesrechnungshof in seinem Prüfbericht zur Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (VI 6/V 12-2006-1219) vom Mai 2006 festgestellt. Zudem werden durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zusätzliche Steuereinnahmen und Beiträge in die Sozialversicherung erzeugt.

Durch den Rückgang der traditionellen Erwerbsarbeit und das Entstehen neuer Betreuungs- und Dienstleistungsansprüche der Generationen wächst der bisher nur unzureichend gedeckte Bedarf nach qualifizierter Tätigkeit im sozialen und kulturellen Bereich sehr stark an. DIE LINKE. fordert deshalb, im sozialen und kulturellen Bereich ein öffentlich gefördertes kommunales Beschäftigungsprogramm mit dauerhaften tariflich bezahlten Vollzeitbeschäftigten zu schaffen. Hunderte unbefristeter, tariflich entlohnter und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse bei Vereinen, Projekten und Initiativen im Gesundheits-, Sozial-, Umwelt- und Kulturbereich könnten auf diese Weise entstehen.

- Gemeinnützige Aufgaben werden verwirklicht, die kein privatwirtschaftlicher profitorientierter Anbieter übernimmt. Ein Beispiel wäre die Ausweitung des Projektes "Nachbarschaftshilfe" in grundsätzlich Existenz sichernde Beschäftigungsverhältnisse. In diesem Projekt werden sozial Bedürftigen, Rentnern, Kranken und Hilfesuchenden Dienstleistungen angeboten, wie kleine Reparaturen im Haushalt, Besorgungen, Begleitsdienste, Gesellschaft leisten, einfache Pflege und Handreichungen.
- Projekte zur Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge, z.B. Agenturen für Stadtteilkultur, multikulturelle Initiativen, stadtteilbezogene psychosoziale Beratungsdienste, Jugend und Freizeitprojekte, Breitensport-Agenturen, Wissenschafts- und Gesundheitsläden sind weitere Möglichkeiten. Bereits Vorhandenes kann ausgebaut und finanziell gestärkt werden.

Wir sind uns bewusst, dass mit solchen Maßnahmen allein die hohe Arbeitslosigkeit in Frankfurt nicht beseitigt werden kann. Die Hauptursache des stetigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist ungezügelter Gewinnstreben, der durch den technischen Fortschritt bedingte hohe Anstieg der Arbeitsproduktivität und die stagnierende Binnennachfrage als volkswirtschaftlich schädliche Folge der gesunkenen Reallohneinkommen.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **„Friedhofstaxis“ ausweiten und in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln! - Kommunale Beschäftigung II -**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Alle derzeit als FahrerInnen der sog. „Friedhofstaxis“ tätigen Menschen, erhalten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der geltenden tarifvertraglichen Vereinbarungen. Ziel soll die Überführung der Friedhofs-TaxifahrerInnen in kommunaler Existenz sichernder Vollbeschäftigung sein. Darüber hinaus werden auch für weitere Friedhöfe Taxi-Dienste eingerichtet. Die hierfür erforderlichen Mittel werden im Haushalt bereitgestellt.

#### **Begründung:**

Der durchaus sinnvolle Ansatz, Langzeitarbeitslosen als FahrerInnen von „Friedhofstaxis“ neue kommunale Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen direkt vor Ort dadurch Hilfestellungen anzubieten, wird durch die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch Ein-Euro-JobberInnen konterkariert.

De facto sind diese Menschen ja weiterhin arbeitslos und verbleiben im ALG II-Bezug, sie verschwinden lediglich für einen begrenzten Zeitraum aus der so geschönten Arbeitslosenstatistik, ohne eine wirkliche Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Existenz sichernder Erwerbsarbeit zu erhalten

Statt weiterhin im Status eines von Hartz IV-Transferleistungen abhängigen Ein-Euro-JobberInnen zu verbleiben, muss den Beschäftigten die Möglichkeit der betreuten Kompetenzerweiterung und Weiterqualifizierung in kommunaler, Existenz sichernder Beschäftigung gegeben werden. Ihnen können hierdurch weitere Aufgabenbereiche übertragen werden und sie können sich langfristig eine berufliche

*Die Linke. Fraktion im Römer*

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon : (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**



Perspektive aufbauen. Hiervon profitieren sowohl die Menschen in den Stadtteilen als auch die in diesen neuen Jobs beschäftigten Langzeitarbeitslosen.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **„StadtteihelferInnen“ (ehemals „OrtsdienerInnen“) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln! - Kommunale Beschäftigung III -**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Alle derzeit in Arbeitsgelegenheiten als sog. „StadtteihelferInnen“ (ehemals „OrtsdienerInnen“) beschäftigten Langzeitarbeitslosen, erhalten als Einstieg in ein Kommunales Beschäftigungsprogramm sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der geltenden tarifvertraglichen Vereinbarungen. Die zuständige städtische Verwaltung bietet diesen Mitarbeitern betreute Fort- und Weiterbildungsangebote und erweitert deren Aufgaben- und Kompetenzbereiche. Ziel ist die Überführung aller Stadtteihelfer in kommunale Existenz sichernde Vollbeschäftigung, die künftig neben Reinigungsaufgaben auch kleinere Reparaturen im öffentlichen Raum übernehmen und als Ansprechpartner der Menschen im Stadtteil fungieren sollen.

Die hierfür erforderlichen Finanzmittel werden im Haushalt bereitgestellt.

#### **Begründung:**

Der durchaus sinnvolle Ansatz, Langzeitarbeitslosen als „StadtteihelferInnen“ neue kommunale Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen direkt vor Ort Ansprechpartner der Verwaltung anzubieten, wird durch die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch Ein-Euro-JobberInnen konterkariert. De facto sind diese Menschen ja weiterhin arbeitslos und verbleiben im ALG II-Bezug, sie verschwinden lediglich für einen begrenzten Zeitraum aus der so geschönten Arbeitslosenstatistik, ohne eine wirkliche Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Existenz

sichernder Erwerbsarbeit zu erhalten. Zusätzlich werden die „Stadtteilhelfer“ durch eine einheitliche Uniform, die sie für jedermann als Ein-Euro-JobberInnen erkennen lässt, zusätzlich stigmatisiert.

Den in diesem Bereich Beschäftigten muss, statt weiterhin von Hartz IV-Transferleistungen abhängige Ein-Euro-JobberIn, die Möglichkeit der betreuten Kompetenzerweiterung und Weiterqualifizierung in kommunaler, Existenz sichernder Beschäftigung gegeben werden. Ihnen können hierdurch weitere Aufgabenbereiche übertragen werden und sie können sich langfristig eine berufliche Perspektive aufbauen. Hiervon profitieren sowohl die Menschen in den Stadtteilen als auch die in diesen neuen Jobs beschäftigten Langzeitarbeitslosen.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Haus des Jugendrechts um zwei zusätzliche Stellen im Jugendhilfebereich erweitern**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Bereich Jugendhilfe im künftigen Haus des Jugendrechts wird um zwei zusätzliche Stellen erweitert. Die dafür erforderlichen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

#### **Begründung:**

Nach den derzeit bekannt gewordenen Planungen würden in dem künftigen Haus des Jugendrechts zwölf Polizistinnen und Polizisten und zwei StaatsanwältInnen beschäftigt sein. Dem gegenüber sind aber nur zwei Stellen im Jugendhilfebereich eingeplant.

Das Verhältnis von Strafverfolgung und Sanktion zum Angebot sozialpädagogischer Hilfeleistung ist mit dieser Unterbesetzung im Jugendhilfebereich mehr als unausgewogen.

Das Haus des Jugendrechts soll neben der zeitnahen Sanktionierung der Straftaten von jugendlichen TäterInnen auch das Angebot an Hilfeleistungen für die straffällig gewordenen Jugendlichen ausweiten. Dies kann aber nur glaubwürdig bewältigt werden, wenn die Anzahl der Stellen im Jugendhilfebereich mindestens verdoppelt wird.

Das als Vorbild angeführte Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen arbeitet mit 3,75 Mitarbeitern in diesem Bereich. Frankfurt sollte dem keinesfalls nachstehen.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Erhalt des Nachbarschaftszentrums Ostend**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Sonstige Förderung der freien Wohlfahrtspflege

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für den Erhalt des Nachbarschaftszentrums Ostend wird aus dem städtischen Haushalt eine Zuwendung in Höhe von jährlich 263.700 Euro zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Das Nachbarschaftszentrum Ostend besteht seit 25 Jahren und arbeitet intensiv für die Belange der Bürgerinnen und Bürger im südlichen Ostend. Neben dem Zentrum bietet dieser Teil des Viertels keinen anderen Ort für Begegnungen – entsprechend wird es von den Bürgerinnen und Bürgern für Zusammentreffen, Beratung, Bildung und gesellschaftliche Beteiligung intensiv genutzt.

Das breit gefächerte Angebot wird den Bedürfnissen von Jung und Alt gerecht und von den hauptamtlichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen regelmäßig an sich wandelnden Bedarf angepasst. So hat das Nachbarschaftszentrum kontinuierlich sein Kursangebot für Familien mit Kindern ausgebaut und ein neues Familien-Infocafé eingerichtet. Als ein Erfolg dieser Angebotsausweitung ist zu bewerten, dass sich die Familien, die in die Neubauten am Main eingezogen sind, erfolgreich in den Stadtteil integrieren konnten und das Programm des Zentrums gerne nutzen.

Das Nachbarschaftszentrum ist aber nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für andere im Stadtteil arbeitende soziale Einrichtungen und das Sozialrathaus ein zuverlässiger Partner und unverzichtbar.

Das Mehrgenerationenprojekt ist nach wie vor durch gestiegene Sachkosten – insbesondere eine angekündigte erneute Mieterhöhung – und durch unzureichende personelle Besetzung in seinem Weiterbestehen massiv gefährdet. Das Nachbarschaftszentrum bemüht sich seit längerem um neue

Räumlichkeiten und hat gestiegene Kosten seit vielen Jahren durch freiwilligen Lohnverzicht aufzufangen versucht.

Ohne die beantragte Zuwendung sind die Existenz des Selbsthilfe- und Nachbarschaftszentrums Ostend und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefährdet. Es wäre politisch ein katastrophales Signal, wenn die Zukunftssicherung einer Einrichtung, die seit 25 Jahren einen wichtigen Beitrag zum sozialen Klima in dieser Stadt leistet, nicht mehr gewährleistet werden kann.

Der Mehrbedarf stellt sich wie folgt dar:

Miete:

Ab 2010 braucht das Nachbarschaftszentrum ca. 10.000 Euro p. a. mehr (einschließlich gestiegener Betriebskosten). Ab 2011 benötigt das Zentrum weitere 7.400 Euro p. a. (Insgesamt also ca. 17.400 Euro). Diese Mietsteigerung ist Ergebnis eines Vergleichs.

Personalmittel:

Für die Einstellung einer dringend benötigten Verwaltungskraft auf Basis einer 0,5 Stelle bedarf es zusätzlicher Mittel in Höhe von ca. 18.100 Euro.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Einstellung zusätzlicher Mittel zur Finanzierung von Tarifleistungen**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Zuschüsse

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Steigende Personalkosten in den Zuschussbereichen der Erziehungshilfe und der Kinder- und Jugendförderung im Rahmen der tariflichen Regelungen in 2010 und 2011 sind durch zusätzlich einzustellende Mittel aufzufangen. Zur Erüierung der hierfür notwendigen Summe soll, der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses folgend, das Rechnungsergebnis der Zuschussbereiche aus dem Jahr 2008 zugrunde gelegt werden.

#### **Begründung:**

Der durch steigende Personalkosten in den Jahren 2010 und 2011 entstehende Mehrbedarf kann nicht aus den bisher vorgesehenen Mitteln der beiden Zuschussbereiche getragen werden.

Ohne zusätzliche Mittel zur Finanzierung von Tarifleistungen muss von einer faktischen Kürzung der Zuwendungen gesprochen werden. Der Jugendhilfeausschuss hätte lediglich die Möglichkeit, in dem Bereich, der unter seine Verteilungshoheit fällt (Zuschuss Bereich der freien Träger, hier: Leistungen, die nicht-vertraglich gebunden bzw. nicht durch das SGB II abgesichert sind) Korrekturen vorzunehmen. Dies ist nur durch Einschränkungen des bisherigen Angebotes in Form von Kürzungen oder Streichungen bei bestehenden Einrichtungen, Maßnahmen und Projekten möglich. Insbesondere in Zeiten steigender Kinder- und Jugendarmut ist dies nicht zu verantworten.

#### **DIE LINKE. im Römer**

*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17



Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Finanzielle Unterstützung für den Verein Tiertafel e.V.**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für die Arbeit des Vereins Tiertafel e.V. werden im städtischen Haushalt 2010 und 2011 Zuwendungen in Höhe von je 31.200 Euro zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Seit April 2007 unterhält der Verein Tiertafel Deutschland e.V. auch eine Ausgabestelle in Frankfurt-Hausen. Der Verein wurde gegründet, um bedürftigen Menschen zu helfen, die finanziell und körperlich nicht mehr in der Lage sind, ihre Haustiere ausreichend und artgerecht zu ernähren. Mit der Unterstützung durch kostenlose Futterspenden und sonstige Sachspenden sowie der Übernahme von Tierarztkosten soll vermieden werden, dass sich Bedürftige – überwiegend RentnerInnen, oder BezieherInnen von Hartz IV/Sozialhilfe – von ihren geliebten Haustieren trennen müssen.

Die Frankfurter Ausgabestelle der Tiertafel wird seit ihrer Eröffnung sehr stark frequentiert und versorgt derzeit nach eigenen Angaben im Monat über 2.600 Tiere. Hierzu werden monatlich etwa fünf Tonnen Katzen- und Hundefutter benötigt, die allein schon über 8.000 Euro kosten. Hinzu kommen weitere 3.000 Euro für zu begleichende Tierarztrechnungen.

Der Verein kooperiert mit anderen sozialen Organisationen aus den Bereichen der Bewährungshilfe, Behindertenhilfe und des Tierschutzes und arbeitet auch mit der Aids-Hilfe und den Frankfurter Sozialrathäusern sehr gut zusammen: für alle diese Institutionen ist die Frankfurter Tiertafel zu einer

zuverlässigen und mittlerweile unverzichtbaren Anlaufstelle geworden, wenn schnelle und unbürokratische Hilfe benötigt wird und die eigenen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Tiertafel sind nicht nur für die Tiere eine wichtige Stütze: auch für die einkommensschwachen BesitzerInnen, die aus dem gesamten Frankfurter Stadtgebiet in die Ausgabestelle kommen, sind sie wichtige Ansprechpartner, geben Tipps zur Tierhaltung und Tierarztwahl, nehmen sich Zeit für Sorgen und Kummer.

Trotz beständiger und intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Spendensammlung, kann der Verein die steigende Nachfrage nicht mehr decken und muss zunehmend Hilfesuchende mit leeren Händen nach Hause schicken. Verschärft wird dies durch die Tatsache, dass Tiernahrungsketten infolge der Wirtschaftskrise das Futter im Verkauf reduzieren – sodass die Tiertafel kaum noch abgelaufenes Futter erhält; früher eine wichtige Quelle für die Versorgung.

Unbestritten ist, dass Haustiere Depressionen, die unter Langzeitarbeitslosen und älteren Menschen stark verbreitet sind, abmildern oder sogar verhindern können. Medizinische Studien weisen auf positive Effekte der Haustiere bei beginnender Demenz hin. Eine Studie der Uni Bonn belegt, dass Hunde und andere Haustiere bei Langzeitarbeitslosen für eine höhere soziale Integration und eine geordnete Tagesstruktur sorgen. Mit Hartz IV oder Altersarmut geht auch eine soziale Verarmung einher. Die Vorstellung, in so einer Situation auch noch die geliebte Katze oder den treuen Hund hergeben zu müssen, weil man die Kosten für das Futter oder den Tierarzt nicht mehr aufbringen kann, ist für die meisten Menschen ein echter Albtraum. Gerade für ältere Menschen, die von geringen Renten existieren müssen, ist das Haustier oft der letzte Ansprechpartner und einzige „soziale“ Kontakt. Insbesondere unter Berücksichtigung dieser Aspekte leistet die Tiertafel für Frankfurts sozialen Zusammenhalt unverzichtbare Dienste.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Langfristige Finanzierung für den Verein Frauen helfen Frauen e.V. sicherstellen**

**Produktbereich:** 18 Soziales  
**Produktgruppe:** 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes  
**Kostenstelle:** Zuschüsse der freien Wohlfahrtspflege  
**Sachkonto:** Autonome Frauenhäuser

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für den Doppelhaushalt 2010/2011 werden die beantragten Mittel für den Verein Frauen helfen Frauen e. V. zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen im Verein Frauen helfen Frauen e.V. leisten mit ihrer Arbeit im Autonomen Frauenhaus sowie in der Beratungs- und Interventionsstelle einen professionellen Beitrag zur Unterstützung der von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern.

Das Angebot für die von Gewalt betroffenen Frauen in der „neuen Lebenssituation Frauenhaus“ umfasst die Unterstützung der Frauen bei der Existenzsicherung und Hilfe zur Klärung und Erschließung neuer Lebensperspektiven. Die unterschiedlichen Problemlagen, die die Frauenhausbewohnerinnen mit sich bringen, erfordern eine enge Zusammenarbeit mit Rechtsanwältinnen, Ärztinnen, Übersetzerinnen, Beraterinnen anderer Projekte und Institutionen der sozialen Arbeit.

Das Autonome Frauenhaus kooperiert mit Behörden wie den Sozialrathäusern der Stadt Frankfurt, den Polizeirevieren, der Anwaltschaft, dem Familiengericht. Besonders erwähnenswert ist die Lobbyarbeit, die für die Frauenhausbewohnerinnen, beim Rhein-Main-Jobcenter geleistet wird.

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17

Für Kinder, die im Frauenhaus leben, gibt es altersspezifische Gruppenangebote und Einzelbetreuung. Das Autonome Frauenhaus hat kooperativen Kontakt zu stadtteilnahen Kinderbetreuungseinrichtungen, zu verschiedenen Schulen, den zuständigen Jugendämtern sowie Erziehungsberatungsstellen und Frühförderstellen.

Die Beratungs- und Interventionsstelle leistet Beratung zu folgenden Themen:

- Polizeiliches und juristisches Vorgehen bei Gewalt gegen Frauen
- Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz
- Sorge- und Umgangsrecht
- Hilfen für Kinder
- Organisation von Sicherheit und Schutz
- Information zu anderen Beratungsstellen, Rechtsanwältinnen
- Existenzsicherung
- Trennungs- und Konfliktberatung
- stalking
- Klärung von Unsicherheiten und Ambivalenzen und sogenannte pro-aktive Beratung vermittelt durch die Polizei nach einem Polizeieinsatz bei häuslicher Gewalt

Die Beratungs- und Interventionsstelle wurde von der Polizei nach 54 Fällen informiert damit eine Kontaktaufnahme mit der betroffenen Frau erfolgen konnte. Die pro-aktive Kontaktaufnahme hat sich im Jahr 2008 weiter erhöht um 11 Kontaktaufnahmen.

Alle Frauen stellten die erste Kontaktaufnahme zur Beratungsstelle telefonisch her, aufgezeichnet wurden 892 Kontakte. Dabei handelt es sich zum einen um Informationsvermittlung und Vermittlung von Adressen von z. B. Rechtsanwältinnen, zum anderen um telefonische Beratungen.

Das Angebot der persönlichen Beratung wurde ebenfalls zahlreich in Anspruch genommen: 216 Beratungsgespräche wurden geführt, davon 140 einmalige Beratungen und 26 Frauen wurden mehrfach beraten. Die meisten Frauen haben über persönliche Kontakte von der Beratungsstelle erfahren. Als zweithäufigster Kontaktweg wurden von den Frauen das Internet, die Werbung in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die Einträge im Telefonbuch benannt. Als dritthäufigster Kontaktweg die Vermittlung durch die Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte.

Als häufigsten Anlass die Beratungsstelle aufzusuchen wurden von den Frauen Gewalt und stalking angegeben. Alle anderen Frauen haben die Beratungsstelle aufgesucht um Fragen zur Trennung und Scheidung zu klären und wg. familiärer und partnerschaftlicher Konflikte. Die Frauen kamen fast ausschließlich aus Frankfurt oder hatten ihren Arbeitsplatz in der Stadt. Die Altersspanne reichte von 18 bis über 70 Jahre, wobei die Konzentration bei der Altersgruppe der 30 bis 50jährigen lag. Etwas über 1/3 der Frauen waren Migrantinnen. Der größte Teil der Frauen war berufstätig und verfügte über eigenes Einkommen. In vielen Fällen wurden die Frauen noch weitervermittelt, hauptsächlich an Rechtsanwältinnen aber auch an andere Beratungsstellen, Ämter, die Polizei und das Gericht und an Frauenhäuser.

„Gewalt gegen Frauen“ wurde durch aufklärende Öffentlichkeitsarbeit weiterhin zum Thema gemacht. Damit hat der Verein Frauen helfen Frauen erreicht, dass die Diskussion zu den Themen „Gewalt gegen Frauen“

und die Betroffenheit von Kindern bei häuslicher Gewalt weiter geführt und die Interventionsmöglichkeiten bei Gewalt gegen Frauen verbessert wurden.

Ein weiterer wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist die aktive Mitarbeit in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen auf kommunalpolitischer wie auch auf landespolitischer Ebene sowie die Zusammenarbeit mit KooperationspartnerInnen auf kommunaler Ebene.

Darüber hinaus gibt es eine fortlaufende Arbeitsgruppe mit dem Verband binationaler Familien und einer Vertreterin des Jugendamtes der Stadt Frankfurt zur Erstellung eines Leitfadens zum begleitenden Umgang in Frankfurt.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### AntragstellerInnen:

Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. - Erhöhung der städtischen Förderung**

**Produktbereich:** 19 Gesundheit

**Produktgruppe:** 19.01 Infektiologie

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der städtische Förderbetrag für die AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. wird für das Jahr 2010 auf 935.143 Euro festgesetzt und für das Jahr 2011 auf 953.851 Euro. Diese Summen sind erforderlich, damit die AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. ihr unverzichtbares Angebot im gewohnten Umfang aufrecht erhalten sowie die Tarifierhöhungen im TVÖD, nebst tariflichen Einmalzahlungen an ihre MitarbeiterInnen weitergeben kann und keine Stellenkürzungen zum Schaden ihrer KlientInnen vornehmen muss.

#### **Begründung:**

Die wertvolle Arbeit der Aids-Hilfe Frankfurt e.V. ist für unsere Großstadt unverzichtbar. Allerdings reichen die von der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel nicht aus, um die Ausgaben im Personalkostenbereich im kommenden Haushaltsjahr auf Grund der Tarifierhöhung (TVÖD) im Öffentlichen Dienst im vollen Umfang auszugleichen. Kommt es zu weiteren Stellenkürzungen, sind massive Einschränkungen oder gar Schließungen von Projekten und Angeboten die Folge.

Um die Krankheit AIDS zu bekämpfen, sind nicht nur Betreuung und Beratung wichtig, sondern auch Prävention. Letztere erhält eine noch größere Bedeutung dadurch, dass die Zahl der Neuinfektionen in Frankfurt weiter angestiegen ist. Dank medizinischer Fortschritte leben HIV-infizierte Menschen zwar länger; dadurch steigt jedoch ebenfalls die Zahl der zu betreuenden Personen. Um die qualitativ hochwertige Beratung und ambulante Versorgung der Menschen mit HIV und AIDS in Frankfurt durch die AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. auch im kommenden Jahr sicherzustellen, ist eine Erhöhung der Zuschüsse unumgänglich.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Kommunaler Fonds für Leistungen im Gesundheitsbereich - Aktive Kommunalpolitik gegen Armut VIII -**

**Produktbereich:** 19 Gesundheit  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadt Frankfurt richtet ab dem Jahr 2010 einen kommunalen Gesundheitshilfefond für BezieherInnen von ALG II/GSi/ Sozialhilfe ein. Aus diesem Fond können sowohl Einmalzahlungen im Sinne von § 23 Abs.2 SGB II, als auch Krankenkostenzulagen in Form von Pauschalleistungen erbracht werden.

Hierfür werden ausreichende Finanzmittel in den Haushalt eingestellt. Bereits bestehende Mittel aus diesem Bereich, die im Rahmen der Frankfurter Richtlinien bereits für Sozialhilfeempfänger gezahlt werden, fließen in diesen Fond mit ein.

Der kommunale Gesundheitsfond soll folgende Leistungsangebote abdecken:

1. Nachträgliche Erstattung von Zuzahlungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes II bis zu der Belastungshöchstgrenze von 71 Euro
2. Übernahme der Kosten für notwendige rezeptfreie Medikamente, Verbands-, Heil- und Hilfsmittel
3. Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel ab dem 20. Lebensjahr
4. Im Bedarfsfall eine medizinisch indizierte ergänzende Krankenkostzulage in entsprechender Höhe (nach dem Regelwert des Deutschen Vereins), sofern diese nicht oder nicht ausreichend über andere Sozialleistungen (nach § 30 Abs. 5 SGB XII bzw § 42 Nr.3 SGB XIII oder § 21 Abs. 5 SGB II)

abgedeckt sind. Dies beinhaltet z.B. Zulagen für kostenaufwendigere Ernährung bei einer HIV-Infektion/ AIDS, Diabetes mellitus Typ I, sowie bei Krebserkrankungen.

5. 31 Euro monatlich für erhöhten Bedarf an Hygieneartikeln bei HIV-Infizierten.
6. 20 Euro einmalige Beihilfe für einen gesonderter Kleiderbedarf bei Krankenhausaufenthalten
7. Übernahme der Fahrtkosten für Besuche von nahen Angehörigen im Krankenhaus und in der Kur
8. Übernahme von Dolmetscherkosten, wenn dies im Falle der Behandlung von BezieherInnen von ALG II/GSi/Sozialhilfe aufgrund von Sprachbarrieren vom behandelnden Arzt als notwendig erachtet wird
9. Übernahme der Kosten für notwendige Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen, sowie *Vorsorgebehandlungen*, die in den Bereich der Nicht-Kassenleistungen fallen. Dies beinhaltet z.B. die Glaukomfrüherkennungsuntersuchung (Früherkennung des „Grünen Star“) und die Hautkrebsvorsorgeuntersuchung vor dem fünfunddreißigsten Lebensjahr.

### **Begründung:**

Aufgabe kommunaler Gesundheits- und Sozialpolitik muss es sein, die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom Einkommen sicherzustellen – und zu verbessern. Frankfurter Gesundheitspolitik muss auf eine ausreichende medizinische Grundversorgung auch der sozial Schwachen ausgerichtet sein. Neuen gesellschaftlichen Verschärfungen – wie der ansteigenden Kinder-, Jugendarmut und Altersarmut – muss mit unverzüglichen, und unbürokratischen Unterstützungsmaßnahmen entgegen getreten werden.

Frankfurter Gesundheitspolitik muss die Verringerung der sozialen Ungleichheit von Gesundheitschancen bei der Prävention und Gesunderhaltung in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Zugang und Umfang der medizinischen Versorgung dürfen nicht sozial diskriminiert sein.

Dazu gehört auch eine Gleichstellung von Frankfurter SGB II HilfeempfängerInnen mit den Leistungsberechtigten nach dem Bundessozialhilfegesetz.

In Frankfurt erhalten HIV-Infizierte GSi/SozialhilfeempfängerInnen des Stadiums B2 (CDC-Klassifikation) bzw. LAS 2b bereits jetzt gemäß den Frankfurter Richtlinien mtl. 31 Euro Hygienepauschale. Ebenso gibt es eine Pauschale in Höhe von 46 Euro für kostenaufwendige Ernährung aufgrund einer HIV-Infektion und 25,56 Euro Krankenkostzulage für Krebserkrankte – wieder nur für GSi/ Sozialhilfeempfänger.

Der Grund für die Benachteiligung der Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen gegenüber den SozialhilfeempfängerInnen ist rational nicht nachvollziehbar.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Erhalt der Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie**

**Produktbereich:** 19 Gesundheit

**Produktgruppe:** 19.04 Psychiatrie

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Zur Deckung der Personal- und Sachkosten für die Herausgabe der Zeitschrift „Treffpunkte - Frankfurter Zeitschrift für Gemeindepsychiatrie“ wird der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e.V. aus dem städtischen Haushalt eine Zuwendung in Höhe von 6.500 Euro im Jahr 2010 und 6.500 Euro im Jahr 2011 zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Die Zeitschrift „Treffpunkte“ der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie gibt es seit 1976. Während der vergangenen 32 Jahre hat sie sich zu einem notwendigen und informativen Medium in der Frankfurter Psychiatrieszene entwickelt. Sie greift aktuelle Themen wie Migration oder betriebliche Gesundheitsförderung auf und beleuchtet diejenigen Aspekte, die für die psychische Gesundheit der Menschen in einer Großstadt relevant sind. Sie richtet sich an die gesamte Bevölkerung Frankfurts. Indem sie über das Empfinden und die Sichtweise psychisch kranker Menschen informiert, leistet sie einen Beitrag zu deren Verständnis und trägt dazu bei, das eigenständige Leben psychisch kranker Menschen in der Gemeinschaft zu verbessern. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 1.400 Exemplaren.

Nachdem die Stadt Frankfurt die Herausgabe der Zeitschrift jahrelang bis zum Jahr 2004 mit Beträgen zwischen 10.000 Euro und 15.000 Euro unterstützt hat, hat sie diese Zuwendungen seit 2005 mit dem Hinweis auf Einsparungen eingestellt. Die Gesamtkosten für die Herstellung der Zeitschrift betragen rund



*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

25.000 Euro. Die gemeinnützige Bürgerhilfe zahlt einen Teil davon aus eigenen Mitteln. Das reicht jedoch nicht, um den Fortbestand der Zeitschrift auf Dauer zu sichern.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Mittel für Klassenfahrten deutlich erhöhen**

- Aktive Kommunalpolitik gegen Armut IX -

**Produktbereich:** 20 Bildung

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Die Mittel für Klassenfahrten werden von 90.000 Euro auf 180.000 Euro angehoben.
2. Aus diesen Mitteln werden zukünftig auch Unterstützungen für Unterrichtsgänge und Tagesausflüge getragen.

#### **Begründung:**

Die Erhöhung der Mittel für Klassenfahrten ist bereits seit dem Jahr 2004 im Gespräch, als das Stadtschulamt erfolglos über eine Aufstockung des Betrages um 30.000 Euro verhandelt hatte. Zuletzt hat die Fraktion DIE LINKE im Jahr 2008 auf die nicht ausreichende finanzielle Ausstattung dieses Budgets hingewiesen und einen entsprechenden Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Anstelle unseres Antrages wurde Antrag NR 1098 der regierenden Parteien abgestimmt, indem jedoch keine konkrete Summe mehr benannt wird sondern lediglich der Auftrag an den Magistrat erging, für das Jahr 2008 „ausreichend Mittel für Beihilfen für Klassenfahrten bereitzustellen“.

Obwohl in der Begründung des Antrages ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass die für Klassenfahrten vorgesehenen Mittel des Dezernats Bildung „meist schon nach dem 1. Halbjahr aufgebraucht“ sind und spätere Nachfragen nicht mehr berücksichtigt werden können, ist keine langfristige, an den tatsächlichen Bedarf angepasste, Erhöhung der Mittel erfolgt.

Das Thema Beihilfe für Klassenfahrten ist nicht, wie in der Begründung gefordert, nachhaltig angegangen worden – und das obwohl sich die Zahl der Anträge in den vergangenen Jahren um mehrere Hundert erhöht hat.

Klassenfahrten, Unterrichtsgänge und Tagesausflüge zielen auf Lernen an schulfernen Bildungsorten ab. Sie stellen einen Bezug zum Unterricht her, werden in den Schulen vor- und nachbereitet. Sie sind Schulveranstaltungen und als solche fester Bestandteil der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Institution Schule. Finanzielle Einschränkungen, die verhindern, dass Kinder aus Familien mit geringem Einkommen an Klassenfahrten und Tagesausflügen teilnehmen können, bedeuten deshalb nicht nur eine Verdrängung aus dem sozialen Leben des Klassenverbandes, sondern auch die Verschärfung von Bildungsungleichheit.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele





Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Beitragsfreistellung der Eltern mit Anspruch auf ermäßigtes Kindertagesstättenentgelt in der Entgeltstufe 4 - Aktive Kommunalpolitik gegen Armut X -**

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:** 20.02 Betrieb städtischer Kitas  
20.03 Trägerübergreifende Kita-Aufgaben, Tagespflege

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

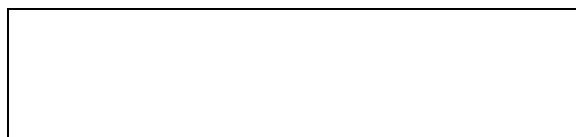
In den Haushalt werden für die Jahre 2010 und 2011 jeweils 2.100.000 Euro zusätzlich eingestellt, damit eine Beitragsfreistellung der Eltern mit Anspruch auf ermäßigtes Kindertagesstättenentgelt in der Entgeltstufe 4 umgesetzt werden kann.

#### **Begründung:**

Frühkindliche Entwicklung entscheidet über Chancen im späteren Leben. Insbesondere für Kinder aus sozial schwächeren Familien sind die elementaren Bildungsprozesse der Kindergartenzeit ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Hinzu kommt, dass die Kommune über die Kindergärten in institutionellen Kontakt mit den Kindern kommt und frühzeitig auf Hilfebedarfe reagieren kann. Diese Empfehlung des Jugendhilfeausschusses ist ein Bestandteil „notwendiger Verbesserungen für Familien in sozial benachteiligten Lebenslagen und als konsequente Umsetzung der Strategien und Handlungskonzepte in diesem Arbeitsfeld zu verstehen.“

Zudem bedeutet die empfohlene Freistellung der Entgeltstufe 4 einen erheblichen Bürokratieabbau.



*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

[info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

Internet:

[www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Kostenloses Schülerticket einführen** - Aktive Kommunalpolitik gegen Armut XI -

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Es werden ausreichend Mittel in den Haushalt eingestellt, um ein kostenloses RMV-Schülerticket für alle Frankfurter Schülerinnen und Schüler einzuführen.

Das Schülerticket ist innerhalb Frankfurts jederzeit gültig, an den Wochenenden und in den Ferien gilt es Hessenweit. Die Stadt Frankfurt tritt umgehend mit dem RMV in Verhandlungen über einen Sondertarif hierfür

#### **Begründung:**

Immer mehr Frankfurter Schüler können sich die teuren RMV-Tickets nicht mehr leisten. Die Freizeitgestaltung leidet. Ob Kino, Theater, Sport, Disco oder einfach nur Freunde treffen, all das ist oft nur möglich, wenn die Eltern die RMV-Tickets zahlen. Gerade in Zeiten der Finanzkrise, in der immer mehr Eltern mit deren Folgen zu kämpfen haben ist dies vielen Eltern nicht möglich.

Es sollte jedoch jeden Schüler möglich sein am gesellschaftlichen und kulturellen Leben in dieser Stadt teil zu nehmen, und das unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Eltern.

Wenn für jede Aktivität, von vorneherein fast 5,- Euro Fahrtkosten anfallen ist dies nahezu unmöglich. Ein kostenloses Schülerinnenticket ermöglicht genau dies.



Auch die vergangenen Bildungsstreiks und der StadtschülerInnenrat (SSR) Frankfurt stellen sich gegen die hohen Fahrpreise. Im Rahmen der Bildungsstreiks forderten tausende Schüler ein kostenloses Schülerticket, der SSR nutze die Preiserhöhung diesen Dezember um gegen die hohen Preise zu demonstrieren.

Ein weiterer Grund für die Einführung des Tickets ist die momentane Benachteiligung von Schülern die im Umfeld von 3 km zur Schule wohnen, oder die Sekundarstufe 2 besuchen. So gibt es für sie keine Fahrtkostenrückerstattung. Wenn sie eine Schülerzeitkarte haben müssen sie diese selber zahlen. – Eine indirekte Bezuschussung durch Fahrtkostenrückerstattung, wie bei den Schülern die über 3 km von der Schule entfernt wohnen, entfällt.

Das kostenlose Schülerticket ist auch hier die Lösung: Alle Schüler zahlen nur noch halbjährlich eine geringfügige Kostenbeteiligung und fahren dann umsonst. Der Verwaltungsaufwand für die Bearbeitung der Fahrtkostenerstattungsanträge entfällt.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Investieren in Kopf und Bauch: Regional auftischen bei der Essensversorgung an Schulen**

**Produktbereich:** 20            Bildung  
**Produktgruppe:** 20.01      Schulbetriebsmanagement

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für die Essensversorgung werden die notwendigen Mittel in den Doppelhaushalt eingestellt, die es ermöglichen, dass Mittagstisch für alle Kinder angeboten werden kann.

- 1) Die Essensversorgung wird über dezentrale Großküchen, die in den Regionen der Stadt angesiedelt sind, erfolgen. Die Vergabe der Leistung soll an verschiedene Frankfurter Träger vergeben werden, die entweder schon eigene Großküchen unterhalten, oder zeitnah solche Betriebe einrichten können. Bevorzugt werden Einrichtungen, die sich auf die Vermittlung von Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen („Angepasste Arbeit“) spezialisiert haben.
- 2) An allen Schulen soll die kostenfreie Ausgabe von Obst und Gemüse aus regionalem Anbau ermöglicht werden.
- 3) Schulmilch aus der Region wird kostenfrei zur Verfügung gestellt.
- 4) Schulverkaufsstellen für den Pausenbedarf werden zentral eingerichtet.

#### **Begründung:**

Der Mittagstisch an Frankfurter Schulen ist ein wichtiger Bestandteil für eine gesunde und wertvolle Ernährung für Kinder und Jugendliche. Die Kommune kann mit dem Angebot von gesundem und ausgewogenem Essen auf die Ernährung der Kinder Einfluss nehmen und den negativen Folgen von schlechter und unausgewogener Ernährung entgegenwirken.

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) empfiehlt fünf Obst- und Gemüseportionen pro Tag auch für Kinder. Familien mit geringem Einkommen können sich frisches Obst und Gemüse kaum leisten. Dies kann zu einer Fehlernährung mit gravierenden Folgen (z. B. Übergewicht, Diabetes) führen.

Durch die Vergabe der Essensversorgung über dezentrale Großküchen aus der Region können Betriebe, mit sozialem Anliegen einbezogen werden.

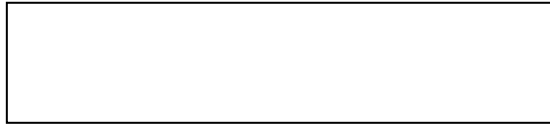
Die Schulverkaufsstellen sollen zentral eingerichtet werden, um den Verwaltungsaufwand für die Schulen so gering wie möglich zu halten. Auch die Ausgabe von Schulmilch soll in diesen Verkaufsstellen erfolgen.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

### AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Hans-Joachim Viehl





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Gute Praxis muss gesichert werden: Höchster Bildungsschuppen unterstützen**

**Produktbereich:** 20 Bildung

**Produktgruppe:** 20.04 Jugend- und Erwachsenenbildung, Kinderbüro

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Magistrat wird beauftragt den Zuschuss für den Verein Höchster Bildungsschuppen – Verein für Kultur, Politik und Berufsbildung Höchst e.V. auf 30.000 Euro jährlich zu erhöhen.

#### **Begründung:**

Der Verein Höchster Bildungsschuppen leistet einen sehr wichtigen Beitrag im Rahmen der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung sowie der Erwachsenenbildung. Im Jahr 2008 hat der Verein einen Preis für „gute pädagogische Praxis“ gewonnen. Der Verein Höchster Bildungsschuppen bietet ein sehr breites Spektrum an Bildungsangeboten an sowie die Möglichkeit, den Realschulabschluss nachzuholen. Zur Unterstützung der weiteren Arbeit benötigt der Verein dringend eine gesicherte Zukunft. Das Kultusministerium hat eine neue Prüfungsordnung erlassen. In deren Folge entstehen räumliche, sachliche und personelle Engpässe, die der Bildungsschuppen mit den bisherigen Mitteln nicht mehr auffangen kann.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17

Stv. Carmen Thiele  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Hans-Joachim Viehl







Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Bedarfsorientierte Sanierung der IGS Herder**

**Produktbereich:** 20 Bildung

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Um das benötigte Raumprogramm für eine Integrierte Gesamtschule als gebundene Ganztagschule umzusetzen, werden für den Ausbau und die Sanierung der IGS Herder Mittel für die folgenden Baumaßnahmen im Haushalt 2010 und 2011 bereitgestellt:

1. Sanierung des Hauptgebäudes
2. Sicherstellung des notwendigen Brandschutzes, damit Freiflächen und Flure als Arbeits- und Freizeitbereiche genutzt werden können
3. Umgestaltung aller naturwissenschaftlichen Räume bzw. Rückbau einiger Fachräume Naturwissenschaften zu Klassen-, Gruppen- oder anderen Fachräumen oder Teamräumen
4. Rückbau einzelner Klassenräume zu Gruppenräumen und Lehrmittelräumen
5. Rückbau der bisherigen Mensa/Spülküche zu Verwaltungs- oder Klassenräumen
6. Abriss der Treppe im Mitteltrakt der Schule (EG/1.OG) und stattdessen Errichtung eines Raums im Erdgeschoss und im ersten Stock
7. Sanierung der Hausmeisterwohnung für die Einrichtung von Verwaltungsräumen *oder* für den Ganztagsbereich/Schulsozialarbeit
8. Sanierung von Kellerräumen für Werkstätten und Überräume (Kunst/Musik)
  - a. Ganztagsbereich (falls die Hausmeisterwohnung für die Verwaltung genutzt wird)
  - b. Lagerräume
9. Aufstockung/Ausbau des Dachgeschosses für weitere Klassen- und Teamräume
10. Einrichtung von stockwerksbezogenen Toiletten
11. Einrichtung von Büros für Schulleiternbeirat und SchülerInnenvertretung
12. Einrichtung eines Sanitätsraums
13. Sanierung der Sporthalle als Gymnastikhalle

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

**Internet:** [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0

**Fax :** (069) 95 92 909- 17

14. Sanierung und Modernisierung des Umkleide- und Hygienebereiches der alten Sporthalle
15. Neubau einer Sporthalle
16. Gestaltung des Schulhofes
17. Aufrüstung des Ausweichstandortes Länderweg (Containerschule) für die temporäre Gesamtauslagerung der IGS Herder
18. Abriss des sogenannten IPI-Gebäudes sowie zur Wiederherstellung des vormaligen Schulhofes an gleicher Stelle
19. Fahrradaufstellanlage für mind. 200 Fahrräder in der „Vorgartenzone“ seitliches des Haupteingangs der IGS Herder
20. vollwertige Ausstattung an Sportgeräten, Bällen und weiteren Materialien
21. Ausstattung von Kunst- und Musik-Fachräumen
22. Bühnenausstattung, Requisitenraum
23. Ankauf und Einrichtung eines Schulgartens
24. Wiederherstellung der Mauer/Abgrenzung zum Nachbargrundstück

### **Begründung:**

Die Integrierte Gesamtschule Herder (IGS- Herder) hat mit Beginn des Schuljahrs 2005-2006, eine als Dependance der IGS-Nordend im Gebäude des ehemaligen Herdergymnasiums mit rund 100 Schülerinnen und Schülern die Arbeit aufgenommen. Der Start als Integrierte Gesamtschule erfolgte mit Billigung des Staatlichen Schulamtes und Unterstützung des Bildungsdezernates der Stadt Frankfurt. Die IGS Herder ist seit Sommer 2009 als eigenständig gebundene Ganztagschule vom Hessischen Kultusministerium anerkannt.

Den behördlichen Vorgaben zum Aufbau einer Regelschule folgend, wurde nach Angaben der Schulleitung und des Schulelternbeirats im Sommer 2007 dem Stadtschulamt und dem Staatlichen Schulamt ein umfangreiches Planungspapier vorgelegt. Laut Schulleitung und Elternbeirat sind in diesem Papier das schul- und sozialpädagogische Konzept, die Organisationsstruktur und die besonderen Unterrichts- und Lernangebote beschrieben. Im Papier sei das Problem der absehbaren Raumnot angesprochen worden. Schon damals war klar, dass die Schule bis zum Endausbau im Herbst 2010 in jedem Jahr 108 Schülerinnen und Schüler plus Lehrerteam aufnehmen wird.

Das Schuldezernat hat eine eigene Teilsanierungs- und Umbauplanung entwickelt, ohne auf die ausführlichen Planungsgrundlagen des ausgearbeiteten Schulkonzeptes einzugehen.

Die nach derzeitiger Planung bis Sommer 2011 geschaffenen Strukturen werden nicht ausreichen, um 650 Kindern angemessene Lernbedingungen einschließlich Spielraum in den Pausen und Wahlpflichtangebote im Rahmen des Ganztagsprogramms an der IGS Herder bieten zu können. Der Verzicht des Schulamtes auf ein Gesamtkonzept stellt nach Auffassung der Schulgemeinde eine erhebliche Verschwendung von Steuergeldern dar, da in dem Moment, wo die Kinder aus dem Containerdorf in ihre Schule zurückkehren, die Bagger erneut anrollen müssen um die notwendige zweite Bauphase auszuführen. Überdies ist es auch erst während der zweiten Bauphase möglich, die heute schon erforderlichen Brandschutzvorkehrungen einzubauen.

Wir fordern, dass die erforderlichen Maßnahmen für den Um- und Ausbau der IGS Herder in einem Anlauf erledigt werden und für diesen Zeitraum die gesamte Schule ausgelagert wird.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Hans-Joachim Viehl





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Überfällige Investitionen in den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Frankfurter Schulen zügig einplanen

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:** Bauunterhaltung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die erforderlichen Investitionen in den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Frankfurter Schulen werden in den Doppelhaushalt 2010/2011 eingestellt.

#### **Begründung:**

Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft überfällige Investitionen in den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Frankfurter Schulen zügig einzuplanen. Ein Drittel der Frankfurter Schulen zeigt beträchtliche Mängel auf, die unter Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßstäben nicht toleriert werden können. Die Mängel wurden dem Schuldezernat mehrmals angezeigt und wurden im Sonderinvestitionsprogramm nicht berücksichtigt.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Hans-Joachim Viehl

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Förderung der Stadtteilbibliothek Bockenheim – Vollzeitstelle einrichten**

**Produktbereich:** 20 Bildung

**Produktgruppe:** 20.07 Angebote der Stadtbücherei

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Im Doppelhaushalt 2010/2011 wird für die Stadtteilbibliothek Bockenheim eine weitere städtische Vollzeitstelle eingerichtet.

#### **Begründung:**

Die Stadtteilbibliothek Bockenheim hat eine sehr wichtige Funktion im Stadtteil. Alle Altersgruppen nutzen die Bibliothek als einen Treffpunkt im Stadtteil. Die Arbeit erledigen vor allen Dingen die ehrenamtlichen Vereinsmitglieder des Fördervereins Lese-Zeichen Bockenheim. Die Besucherzahlen stiegen im vergangenen Jahr. Die Nachfrage nach erweiterten Öffnungszeiten ist groß, der Andrang bei der Rücknahme und Ausleihe ist für die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen kaum noch zu schaffen. Die Angebote für Kinder und Jugendliche könnten ausgebaut werden. An den Samstagen wünschen sich viele Bockenheimer eine geöffnete Bibliothek. Dies kann der Förderverein Lese-Zeichen Bockenheim auf die Dauer nicht tragen, so dass die Stadt Frankfurt am Main wieder aktiv werden muss, mit der Schaffung einer Vollzeitstelle. Die Stadt Frankfurt am Main stellt derzeit, wie im Partnerschaftsvertrag mit dem Förderverein festgehalten, eine volle Bibliothekarsstelle zur Verfügung. 40 Arbeitsstunden pro Woche werden mit ehrenamtlicher Arbeit abgedeckt.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)

**Internet:** [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0

**Fax :** (069) 95 92 909- 17

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

### AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Erhalt der Stadtteilbibliothek Riederwald

**Produktbereich:** 20 Bildung

**Produktgruppe:** 20.07 Angebote der Stadtbücherei

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für die langfristige Verlängerung des Mietvertrages der Stadtteilbibliothek Riederwald werden die notwendigen Mittel in den Haushalt eingestellt.

#### **Begründung:**

Die Stadtteilbibliothek Riederwald ist im Stadtteil verankert und das vielseitige Programm der Stadtteilbibliothek wird von allen Altersgruppen gerne genutzt. Die Stadtteilbibliothek leistet einen hervorragenden Beitrag zur außerschulischen Kinder- und Jugendbildung.

Die Schließung der Stadtteilbibliothek Riederwald wäre für den Stadtteil ein negatives Signal, da es im Stadtteil keine weiteren kulturellen Einrichtungen gibt. Die Schließung der Stadtteilbibliothek zu verhindern, ist ein Ansporn und Auftrag für die Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt am Main.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Volkshochschule – Zuschuss erhöhen KursleiterInnen brauchen dringend eine Erhöhung ihrer Honorare**

**Produktbereich:** 20 Bildung  
**Produktgruppe:** 20.04 Förderung Jugend- und Erwachsenenbildung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Zuschussbetrag für die Volkshochschule Frankfurt am Main ist auf 9.000.000 Euro anzuheben.

#### **Begründung:**

In 2009 erhielt die Volkshochschule einen Zuschuss über 8,2 Millionen Euro. Dieser Zuschussbetrag genügt jedoch nicht, um die gestiegenen Anforderungen an die VHS abzudecken.

#### **1. Kursangebot**

Die Angebote der Volkshochschule werden stark nachgefragt. So stößt die Möglichkeit Hauptschulabschlüsse nachzuholen, auf ein gesteigertes Interesse. Es ist sinnvoll, derartige Angebote auszuweiten, insbesondere, weil aufgrund der veränderten Gesetzeslage sich andere Träger zurückgezogen haben. Es muss gewährleistet werden, dass dieses Kernangebot der Erreichung schulischer Abschlüsse weiter gefördert wird. Zudem sind die Gebühren für Kursangebote für wirtschaftlich Benachteiligte zu hoch. Hier muss der VHS die Möglichkeit eingeräumt werden, diesen Bevölkerungsgruppen einen kostengünstigen oder gar kostenfreien Zugang einzuräumen.

#### **2. Honorare**

Die Honorare für die Kursleiterinnen und Kursleiter wurde seit 2000 nicht mehr erhöht. Sie benötigen dringend eine Erhöhung ihrer Honorare, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu decken. Pro Unterrichtseinheit erhält die überwiegende Mehrheit der Lehrkräfte ein Honorar von 20 Euro. Dieses Honorar wird steuerlich veranlagt und ein Großteil der Kursleiterinnen und Kursleiter müssen die Altersvorsorge sowie die Krankenversicherung selbst finanzieren, so dass im Schnitt ein Nettoverdienst von 10 Euro übrig bleibt. Dies ist eine Bezahlung am Rande des Existenzminimums. Die freiberuflichen



Kursleiterinnen und Kursleiter des Programmbereichs Deutsch als Fremdsprache (DaF) z. B. fordern eine Honorarerhöhung auf 29 Euro brutto pro Stunde. Wenn die Stadt in öffentlichen Erklärungen ständig die Bedeutung des lebenslangen Lernens hervorhebt, dann sollte sie im Weiterbildungsbereich, der ihrer Verantwortung untersteht, die Lehrkräfte wenigstens entsprechend bezahlen. Gerade die im Programmbereich DaF tätigen Kursleiterinnen und Kursleiter leisten einen herausragenden Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Stadtgesellschaft.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Kultur fördern: Erhalt des antagon Theaters**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für den Erhalt des antagon Theaters wird aus dem städtischen Haushalt eine Zuwendung in Höhe von 85.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Das antagon-Theater hat in den zwanzig Jahren seines Bestehens nicht nur die Frankfurter Theaterszene mit seinem einzigartigen Stil bereichert, sondern hat auch deutschlandweit und international an Renommée gewonnen und zählt mittlerweile zu den meist beachtetsten Straßentheatern weltweit. Damit trägt antagon maßgeblich zur Wahrnehmung und Außenvertretung der Frankfurter Kulturlandschaft bei.

Mit der Idee des Theaters im öffentlichen Raum erreicht das Ensemble allein mit dem *Sommerwerft-Theaterfestival am Fluss* weit über 40.000 Menschen jeder Altersgruppe. So wie das Theaterfestival zur Aufwertung des Mainufers beiträgt, wirkt auch die Liegenschaft des Trägervereins (Protagon e.V.) in der Orberstraße als kulturelles Zentrum im Frankfurter Osten. Mit unglaublichem Einsatz hat das Ensemble aus einer alten Speditionshalle hier nicht nur ein komplettes Veranstaltungs- und Produktionszentrum geschaffen, sondern einen kreativen Raum, der zum Austausch mit Frankfurter Kulturschaffenden und Künstlern aus der ganzen Republik einlädt. 2006 hat sich hier auf Initiative von antagon der *Bundesverband für das Theater im öffentlichen Raum* gegründet, der sich dafür einsetzt, dieses Genre und seine gesellschaftliche und soziokulturelle Bedeutung mehr in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die derzeitig vorgesehene Förderung von 55.000 Euro jährlich reicht nicht aus, um die Existenz des Theaters sicherzustellen. Fast 75 Prozent des Geldes fließt allein in die Miete der Liegenschaft in der Orberstraße. Das Ensemble hat bereits in den vergangenen Jahren seine Existenz nur über die auswärtigen Auftritte in Europa und Übersee finanzieren können. Doch durch diese Abhängigkeit von der Auftragslage entsteht für

das antagon Theater eine nicht tragbare finanzielle und persönliche Unsicherheit: Dies zeigte sich deutlich im vergangenen Jahr, als drei wichtige internationale Auftritte aufgrund der Wirtschaftskrise kurzfristig abgesagt wurden. Für das Ensemble, das schon in der Vergangenheit Geldeinbußen durch Gagenrückstellungen und geringe Honorare ausgleichen musste, eine Katastrophe. Nur durch die einmalige Zuwendung von 40.000 Euro im Jahr 2009 war es möglich, die ausstehenden Mietzahlungen und Unterhaltskosten aufzubringen.

antagon ist durch seinen unverkennbaren, individuellen Stil einmalig in Deutschland. Die Liegenschaft in der Orberstraße, in der Wohnen in Verbindung mit kreativem Arbeiten einen festen Platz in Frankfurt gefunden hat, ist ein unverwechselbares und unersetzbares Wahrzeichen des kulturellen Lebens in dieser Stadt.

Im Erhalt und in der verstärkten Förderung der Arbeit des Ensembles liegt eine Chance für die Stadt Frankfurt

- seine Position in der Theaterszene zu verfestigen
- Frankfurt zur Heimat des Theaters im öffentlichen Raum zu machen
- ein kulturelles Zentrum im Frankfurter Osten zu schaffen, dass zum Quartier für Kreative werden kann

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:  
Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Gute Arbeit abbilden! 20 Jahre antagon Theater**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für die Erstellung eines Fotokataloges zum 20jährigen Bestehen des antagon Theaters werden im Jahr 2010 zusätzliche Mittel von einmalig 20.000 Euro zur Verfügung gestellt.

#### **Begründung:**

Das antagon Theater plant zum 20jährigen Bestehen des Ensembles eine Festschrift mit einem Fotokatalog zu veröffentlichen und diese kostenfrei an Freunde und Förderer des Theaters zu verteilen. Gleichzeitig soll die Veröffentlichung für die Gewinnung neuer Sponsoren genutzt werden, auf die das Theater dringend – auch zusätzlich zu einer erhöhten institutionellen Förderung – angewiesen ist. Für die Gestaltung und Herstellung eines solchen Fotokataloges bedarf es der kurzfristigen Beschäftigung einer zusätzlichen Fachkraft.

Die Mittel, die zur Herstellung und Produktion einer solchen Broschüre von Nöten sind, kann das antagon Theater nicht aus dem regulären Budget tragen.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Kultur fördern: Interkulturelle Bühne fördern und langfristig erhalten**

**Projektbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport  
**Projektgruppe:** 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Interkulturelle Bühne wird in die Kulturförderung der Stadt Frankfurt aufgenommen und im Jahre 2010 mit 60.000 Euro unterstützt.

Die über Frankfurts Grenzen hinaus bekannte und geschätzte Interkulturelle Bühne kann im Jahre 2010 ihr 15jähriges Bestehen feiern. Der Fortbestand der Interkulturellen Bühne ist jedoch gefährdet, weil diese im Gegensatz zu vielen anderen Frankfurter Theaterbühnen, ohne finanzielle Förderung von Seiten der Stadt Frankfurt auskommen muss.

Um weiterhin das Theater mit seiner innovativen Kulturinitiative und seinem integrativen Charakter zu erhalten, ist eine Aufnahme in die städtische Kulturförderung dringend geboten.

#### **Begründung:**

Dank der Solidarität der auftretenden KünstlerInnen, die meist nur für eine minimale Gage auftreten und dem Engagement der ehrenamtlichen HelferInnen, konnten die umfangreichen kulturellen Aktivitäten der Interkulturellen Bühne bisher gestemmt werden.

Der Gründer der Bühne, Yusuf Kılıç, arbeitet seit 1995 mit großem Erfolg daran, Kunst und Kultur in fast allen Sparten der Darstellenden und Bildenden Künste professionell zu erarbeiten und seinem Publikum zu präsentieren.

Stetig wachsenden BesucherInnenzahlen (inzwischen ca. 500 -1.000 Besucher pro Monat) und das positive Feedback der ZuschauerInnen und KünstlerInnen zeigen, dass der eingeschlagene Weg der Richtige ist.

*Die Linke. Fraktion im Römer*

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon : (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

Die Interkulturelle Bühne ist inzwischen eine feste Adresse im Frankfurter Kulturbetrieb. Sie bietet bundesweit NachwuchskünstlerInnen aller Sparten und Nationen, freien Theatergruppen und auch der Improvisationstheaterszene aus dem Rhein-Main-Gebiet mitunter die einzigen professionellen Auftritt- und Ausstellungsmöglichkeiten in Frankfurt.

Zunehmend finden auch etablierte KünstlerInnen den Weg nach Alt Bornheim.

Darüber hinaus initiiert die Interkulturelle Bühne mit dem inzwischen 4. Kulturfestival „days of respect“ und dem über 700 Mitglieder starkem Künstlernetzwerk erfolgreiche Plattformen zum kulturellen Dialog zwischen KünstlerInnen untereinander, sowie zwischen KünstlerInnen und BesucherInnen. Weiterhin gibt es eine intensive kulturelle und integrative Zusammenarbeit zwischen der Kirchner-Schule und der Bühne.

Damit ist die Interkulturelle Bühne mehr als nur ein Theater. Gelebte Integration, intensive Kulturarbeit und Völkerverständigung sind existenzielle Pfeiler der Interkulturellen Bühne. Dieses positive Beispiel intensiver, professioneller und erfolgreicher Integration, Stadtteil- und Kulturarbeit, sowie aktiver Nachwuchsförderung gilt es zu erhalten und langfristig zu sichern. Für die kulturelle Vielfalt der Stadt wäre ein Ende der Interkulturellen Bühne ein herber Verlust.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Wiedereinführung der Jahreskarte für Schwimmbäder**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Für die Nutzung der Frankfurter Bäder, Bereich Schwimmen, werden wieder Jahreskarten eingeführt.
2. Der Preis für die Jahreskarte beträgt 300 Euro.

#### **Begründung:**

Auch wenn die Jahreskarte in der Vergangenheit nur von einer, im Vergleich zur gesamten Stadtgesellschaft, recht kleinen Gruppe genutzt wurde, halten wir die Wiedereinführung für absolut sinnvoll. Schwimmen hat sowohl als Freizeitsport, als auch für die Gesundheitsförderung einen hohen Stellenwert. Für viele ältere Menschen ist das Schwimmen der einzige Sport, den sie bis in das hohe Alter regelmäßig ausüben können und beugt zudem Herz-Kreislauf-Erkrankungen vor. Für die frühere Nutzergruppe der Jahreskarte, hat der Schwimmbadbesuch aber auch einen wichtigen sozialen Aspekt: es ist eine Sportart, die man mit den Enkelkindern gemeinsam ausüben kann, die Generationen verbindet und die alleinstehenden SeniorInnen regelmäßige soziale Kontakte vermittelt.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender



AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Kultur fördern: Mehr Zuschuss für das Kurdische Filmfestival Frankfurt

<b>Produktbereich:</b>	21	Kultur
<b>Produktgruppe:</b>	21.01	Kulturelle Dienstleitungen und Projekte
<b>Produktbereich:</b>	10	Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten
<b>Produktgruppe:</b>	10.03	Integration und Antidiskriminierung

#### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Kurdische Filmfestival erhält in 2011 Fördermittel in Höhe von 10.000 Euro.

#### Begründung:

Das Kurdische Filmfestival hat sich neben dem Türkischen Filmfestival, Nippon Connection und anderen zu einer kinematographischen Kulturereignis in Frankfurt entwickelt. Das Festival fand nach einer etwas längeren Pause im November 2009 statt.

Das kurdische Kino ist längst aus den „Kinderschuhen herausgewachsen“ und zeichnet sich besonders durch seine Vielfalt aus. Nicht zuletzt aufgrund der Teilung Kurdistans arbeiten kurdische Regisseure multilingual; neben ihrer Muttersprache drehen sie Filme in anderen Sprachen wie armenisch, russisch, persisch, türkisch oder arabisch. Da die kurdischen Filmemacher gleichzeitig Teil des jeweiligen Landeskinos sind, sind sie auch von sehr unterschiedlichen „Filmschulen“ beeinflusst. Unabhängig davon sind die Produktionen Ausdruck einer kurdischen Identität und des Mitteilungsdrangs eines lange weitgehend vergessenen Volkes.

Das Kurdische Filmfestival ist ein Ausdruck davon, dass Frankfurt vielen Kulturen eine Heimat und ein Forum bietet. Die Fortdauer und der Erhalt des Festivals sind sehr eng an finanzielle Unterstützung geknüpft.

*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet:

www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Frankfurt kann seinem Anspruch als Global City nur gerecht werden, wenn interkulturelle und internationale Festivals, wie das Kurdische Filmfestival zu einem festen Bestandteil des kulturellen Lebens gehören.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Fraktion im Römer

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Naxos KINO IM THEATER in die institutionelle Förderung aufnehmen**

**Produktbereich:** 21 Kultur  
**Projektgruppe:** 21.01 kulturelle Dienstleistungen und Projekte

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Das naxos KINO IM THEATER wird im Jahr 2010 mit einer Summe von 20.700 Euro gefördert.

#### **Begründung:**

Das naxos KINO IM THEATER ist ein eigener eingetragener gemeinnütziger Verein und ist rechtlich vom Theater Willy Praml und vom Verein „Kulturelle Erziehung in Hessen“ völlig unabhängig. Das Theater Willy Praml vermietet dem Verein naxos KINO IM THEATER dienstags die Naxoshalle für dessen Filmabende. Dort werden hochwertige Dokumentarfilme gezeigt. Danach folgen häufig noch Gesprächsrunden mit den Regisseuren und Experten zum jeweiligen Thema. Für dieses Engagement wurde das Naxos Kino 2009 mit dem hessischen Filmpreis geehrt.

Eine eigene und getrennte Förderung des Kinoprojektes unabhängig von dem Theater Willy Praml ist möglich und geboten. Der Verein arbeitet komplett ehrenamtlich und kann ohne finanzielle Förderung nicht mehr existieren. Insbesondere benötigt der Verein Finanzmittel für eine halbe Stelle, da diese nur noch bis Ende Dezember von der Agentur für Arbeit bezahlt wird (Jahresbruttogehalt 20.700 Euro).

Auch die anstehende Brandschutzsanierung der Naxoshalle im kommenden Frühjahr verursacht dem Verein zusätzliche Kosten. Der Verein muss während dieser Zeit in die Katakomben und das Depot in Sachsenhausen ausweichen und in entsprechende Ausstattung investieren, damit er auch dort seine Filme zeigen und Diskussionen durchführen kann.

Jeder Euro, mit dem die Stadt den Verein zusätzlich unterstützt, stabilisiert sein ambitioniertes und den Stadtteil bereicherndes und aufwertendes Dokumentarkino.

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon : (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack  
Stv. Carmen Thiele



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Versprechen halten – Die Trainingsanlage am Frankfurter Bogen muss gebaut werden**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Für den Bau der neuen Bezirkssportanlage nebst Mehrzweckhalle für Preungesheim und Umgebung werden 10,8 Millionen Euro in den Doppelhaushalt 2010/2011 eingestellt.

#### **Begründung:**

Die Einstellung der Mittel im Doppelhaushalt 2010/2011 ist bereits im April 2009 angekündigt worden, ein Baubeginn war für 2010 vorgesehen. Die Planungen für die Anlage sind fertig gestellt; die notwendige Berücksichtigung besonderer Belange des Behindertensports rechtfertigt keinen zweijährigen Bauaufschub bis 2012.

Eine Verschiebung des Bauvorhabens läuft dem dringlichen Bedarf der ortsansässigen Vereine zuwider. Die vorhandenen Hallen reichen nicht aus, um der Nachfrage der Vereine und ihrer Mitglieder gerecht werden; durch das Neubaugebiet Frankfurter Bogen hat sich die Zahl der Sporttreibenden laut Sportamt nahezu verdoppelt. Hinzu kommt, dass die derzeit genutzten Hallen aufgrund ihrer Schulanbindung erst am Abend zur Nutzung zur Verfügung stehen.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

*Die Linke. Fraktion im Römer*

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet:

www.dielinke-im-roemer.de

Telefon: : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Förderungsgerechtigkeit herstellen: Zuschuss für die Sportjugend Frankfurt erhöhen**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport  
**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Sportjugend Frankfurt erhält einen Zuschuss in Höhe von jährlich 170.000 Euro.

#### **Begründung:**

Die Arbeit der Sportjugend Frankfurt bietet vielseitige und umfangreiche Arbeit für – und mit – Kindern und Jugendlichen nicht nur im sportlichen, sondern auch im pädagogischen und organisatorischen Bereich. Angebote im Sport führen durch ihren niedrigschwelliger Zugang Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft zusammen und fördern deshalb Austausch, Miteinander und Chancengleichheit. Wie kaum ein anderer Bereich ist Sport ein Integrationsmotor und fördert zivilgesellschaftliches Engagement.

Gerade für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund, bieten die Projekte des Verbandes einen wichtigen Ort der Begegnung und Beteiligung. Insbesondere diese Zielgruppen sind auf günstige Vereinsangebote angewiesen.

Um diese zu erhalten und auszubauen, muss die Bezuschussung der Sportjugend angepasst werden. Die derzeitigen Zuschüsse entsprechen weder dem tatsächlichen Bedarf noch annähernd der geleisteten Arbeit. Seit mehreren Jahren erhielt die Sportjugend Frankfurt, die rund 60.000 Mitglieder zählt, keine Erhöhung ihres Etats. Mit dem geforderten Betrag wird sie anderen vergleichbaren Jugendverbänden gleichgestellt.



**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Kultur fördern: Mehr Zuschuss für das Türkische Filmfestival Frankfurt**

<b>Produktbereich:</b>	21	Kultur, Freizeit und Sport
<b>Produktgruppe:</b>	21.01	Kulturelle Dienstleitungen und Projekte
<b>Produktbereich:</b>	10	Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten
<b>Produktgruppe:</b>	10.03	Integration und Antidiskriminierung

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Mittel zur Förderung des Türkischen Filmfestivals im November 2010 werden auf 25.000 Euro erhöht. Für das Jahr 2011 werden ebenfalls 25.000 Euro im Haushalt bereitgestellt.

#### **Begründung:**

Das Türkische Filmfestival hat sich in den letzten neuen Jahren zu einem kulturellen Ereignis in Frankfurt herausgebildet. In der Zeit seines Bestehens haben sich das Programm und die Vielfalt des Filmfestivals stetig erweitert und verbessert.

Das Festival hat sich als eine Kommunikationsbrücke zwischen deutschen und türkischen Filmmachern erwiesen. Auf dem 9. Türkischen Filmfestival wurden über 30 Spiel-, Kurz- und Dokumentarfilme aus der Türkei und aus Deutschland gezeigt. Eine Ergänzung erfuhr das Basisprogramm durch das Forum Europäischer Film, im Rahmen dessen herausragende Werke europäischer Filmkunst präsentiert werden. 2009 wurde das Festivalprogramm um ein umfangreiches kulturelles Rahmenprogramm in Form von Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Seminaren und Gesprächsrunden mit Künstlern erweitert.

Das erweiterte Programm hat seinen Zuspruch im Publikum gefunden. Über die in Frankfurt lebende türkeistämmige Bevölkerung hinaus hat das Türkische Filmfestival immer mehr nichttürkischsprachige und

**Die Linke. Fraktion im Römer**

**Bethmannstraße 3**

**60311 Frankfurt am Main**

**e-mail: [info@dielinke-fraktion.frankfurt.de](mailto:info@dielinke-fraktion.frankfurt.de)**

**Internet: [www.dielinke-im-roemer.de](http://www.dielinke-im-roemer.de)**

**Telefon (069) 95 92 909- 0**

**Fax : (069) 95 92 909- 17**

internationale Besucher für das Festival interessieren können. Im neunten Jahr hat das Festival mehr als 5.000 Besucher in die Kinosäle locken können, mehr als das Doppelte in den Vorjahren.

Das Türkische Filmfestival ist von der kulturellen Landschaft Frankfurts nicht mehr wegzudenken. Das Festival trägt wesentlich zur Förderung und Pflege der interkulturellen Kommunikation in Frankfurt bei. Dass das Festival nunmehr seit fast 10 Jahren stattfindet, spricht auch für das Selbstverständnis der Stadt Frankfurt, eine weltoffene und internationale Metropole zu sein.

### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger

Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Udo Mack

Stv. Carmen Thiele

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Begegnung muss bezahlbar sein: Zuschüsse für die Vereinsveranstaltungen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH erhöhen**

**Produktbereich:** 21 Kultur, Freizeit und Sport  
**Produktgruppe:** 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der städtische Zuschuss für die Förderung von Veranstaltungen von Vereinen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH wird von 5.706.500 Euro auf 7.000.000 Euro angehoben.

#### **Begründung:**

In Frankfurt sind mehr als 360.000 BürgerInnen in Vereinen organisiert. Vereine leisten einen wesentlichen Beitrag für das Zusammenleben und die Integration in unserer Stadt. Eine wichtige Grundlage der vielfältigen Aktivitäten von Vereinen ist die Nutzung der Gemeinschaftshäuser der Saalbau GmbH für ihre Veranstaltungen.

Zwar unterstützt die Stadt Frankfurt die Aktivitäten von Vereinen durch einen Zuschuss, sodass die Vereine einen geringen Eigenanteil entrichten müssen. Allerdings ist der Zuschuss an die Vereine für die Raumanmietung in den Häusern der Saalbau GmbH viel zu niedrig angesetzt und auf einen jährlichen Betrag von 5,7 Millionen Euro begrenzt. Ist dieser Förderbetrag erschöpft, bedeutet das für die Vereine, dass ihnen oftmals der komplett anfallende Mietbetrag in Rechnung gestellt wird.

Insbesondere kleine Vereine können kaum die reguläre Miete, ebenso wenig, wie die anfallenden Kosten für Bestuhlung und Beschallung aufbringen. Es muss jedoch im Interesse der Stadt sein allen Vereinen unabhängig von ihrer Finanzstärke die Ausrichtung ihrer Veranstaltungen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH zu ermöglichen. Ohne Erhöhung des städtischen Zuschusses wird es zu einer erheblichen Einschränkung des Sport- und Kulturangebots durch die Vereine in unserer Stadt kommen.

**DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Hans-Joachim Viehl  
Stv. Carmen Thiele  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Udo Mack



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Mit dem Mauersegler e.V. Dachwohnungen für Luftküsse schaffen: Arten- und Naturschutz unterstützen**

**Produktbereich:** 22 Umwelt  
**Produktgruppe:** 22.01 Umweltplanung und Umweltservice

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

In den Doppelhaushalt 2010/2011 werden für die Deutsche Gesellschaft für Mauersegler e. V. pro Jahr 7.500 Euro eingestellt.

#### **Begründung:**

„Gesucht: Dachwohnung für Luftküsse“ unter diesem Motto haben sich verschiedene Einzelpersonen aus dem BUND und dem NABU im Jahre 2003, zur „Frankfurter-Segler-Initiative“ zusammengefunden. Diese Initiative wird unterstützt von der Vogelschutzwanne, der Zoologischen Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Mauersegler e. V. Die Erfassung der Nistplätze sowie der Erhalt und die Schaffung neuer Nistplätze ist das erklärte Ziel der „Frankfurter-Segler-Initiative“.

Nicht nur zur Stabilisierung der Mauerseglerpopulation leistet die Mauersegler-Station in Frankfurt einen wichtigen Beitrag. Darüber hinaus hat sie sich als Kompetenzzentrum und Fachklinik für Mauersegler europaweit einen hervorragenden Ruf erarbeitet. Alle MitarbeiterInnen arbeiten ehrenamtlich. Trotzdem ist die Arbeit der Station durch die Preissteigerungen bei Futtermittel und für den medizinischen Bedarf gefährdet.

Die Rettung von jährlich mehreren hundert Mauerseglern sollte der Stadt oben genannter Beitrag wert sein.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Hans-Joachim Viehl

Stv. Udo Mack

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Zehra Ayyildiz





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

### Bürgerbeteiligung zum Bau von Solaranlagen vorantreiben

**Produktbereich:** 22 Umwelt

**Produktgruppe:** 22.04 Energie- und Klimaschutz

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Zur Unterstützung der Bürgerbeteiligung beim Bau von Solaranlagen werden im Doppelhaushalt 2010/11 ausreichend Mittel bereitgestellt, um die Förderprogramme für private Dächer zu bewerben.

#### **Begründung:**

Für den Bau von Solaranlagen gibt es verschiedene Förderprogramme, z. B. das Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energie und das Mainova Klima Partner Programm. Das Energiereferat Frankfurt am Main bietet u. a. Hinweise auf Fachfirmen, die privaten Hauseigentümern konkrete Hilfestellung leisten können.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

#### AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele  
Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Hans-Joachim Viehl

#### **Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17



Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Grüne Inseln schaffen - Stadtklima verbessern**

**Produktbereich:** 22 Umwelt

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

In den Doppelhaushalt 2010/2011 werden ausreichend Mittel eingestellt, um das Stadtklima zu verbessern:

- 1) Der Magistrat wird aufgefordert Vorschläge zu entwickeln, wo und wie durch Schaffung von grünen Inseln in der Innenstadt, gezielten Baumpflanzungen und Begrünung verödeter Plätze (Goetheplatz) eine Verbesserung des Stadtklimas herbeigeführt werden kann. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auch auf Wohngebiete mit starker Verkehrsbelastung gelegt werden.
- 2) Der Magistrat legt ein Förderprogramm auf, um Eigentümer bei der Begrünung von Fassaden und Dächern finanziell und beratend zu unterstützen.
- 3) Für Neuanpflanzung von Bäumen werden pro Jahr 2.000.000 Euro in den Haushalt eingestellt.
- 4) Die Stadt entwickelt gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Biotopkartierung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft ein Konzept zur Fassaden- und Dachbegrünung und setzt dieses zügig um.
- 5) Die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wetterdienst wird ausgebaut, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Stadt Frankfurt am Main zu untersuchen.
- 6) Bei der Umgestaltung und Neuanlage von Plätzen muss die Bürgerbeteiligung sichergestellt werden.
- 7) Die Stadt muss gezielte Maßnahmen ergreifen, um der weiteren Versiegelung von Flächen entgegen zu wirken und bereits versiegelte Flächen zurückzubauen. Dazu müssen auch Eigentümer bereits versiegelter Grundstücke (z. B. Großmärkte) angesprochen werden.

## **Begründung:**

An einem ökologischen, klimapolitischen Umdenken bei der Stadtgestaltung führt kein Weg mehr vorbei.

Bewiesen ist, dass für die Stadtbewohner grüne Inseln nicht nur für die psychische, sondern auch für die physische Gesundheit in Zeiten des Klimawandels überlebensnotwendig sind. Bei den erwarteten Klimaveränderungen mit zunehmend heißeren Sommern in hoch versiegelten Bereichen, wie der Innenstadt, haben Begrünungen eine zunehmend wichtige Funktion:

- sie verhindern ein zu starkes Aufheizen von Straßenschluchten mit hoher Strahlungsintensität in den Sommermonaten
- sie tragen zu einer höheren Luftfeuchtigkeit bei
- sie haben eine Filterwirkung für Staubpartikel
- sie erhöhen den Anteil an Sauerstoff
- sie wirken Lärm mindernd

Der Anteil von kühlendem Straßengrün muss besonders in den Innenstadtbereichen steigen. Dies könnte durch Neuanpflanzung von Bäumen, Fassaden und/oder Dachbegrünung in kurzer Zeit bewirkt werden.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

### AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele  
Stv. Udo Mack  
Stv. Zehra Ayyildiz  
Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner  
Stv. Hans-Joachim Viehl





Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Erfolgsmodell Stadttaubenprojekt fortsetzen**

**Produktbereich:** 22 Umwelt

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Verein Stadttaubenprojekt Frankfurt erhält eine Förderung in Höhe von 25.000 Euro. Die entsprechenden Mittel werden in den Doppelhaushalt eingestellt.

#### **Begründung:**

Das Stadttaubenprojekt ist, wie schon der Name sagt, in der Stadt und für die Stadt tätig.

Das Stadttaubenprojekt hat sich zum Ziel gesetzt, den Bestand an Tauben in der Stadt auf tierschutzgerechte Weise zu reduzieren. Einseitig und ohne Vorankündigung hat der Tierschutzverein, der bisher 90 000 Euro jährlich für Futter-, Tierarzt- und Personalkosten an Unterstützung leistete, diese Mittel gestrichen.

Um zumindest die Futter- und Tierarzkosten für das Projekt zu sichern ist o. g. Betrag nötig. Bevor dieses Projekt ins Leben gerufen wurde, das in anderen Städten bereits seit vielen Jahren besteht, hat die Stadt Frankfurt auf Vertreibung durch Greifvögel gesetzt. Das war nicht nur völlig unwirksam, es hat auch ein Vielfaches an Kosten verursacht und der Bestand wurde nicht im Geringsten minimiert.

Durch das Stadttaubenprojekt werden nicht nur teure Schäden an Gebäuden verhindert. Es fördert auch durch Besuche von Familien und Schulklassen ein anderes Zusammenleben von Tieren und Menschen auf breiter Ebene in unserer Stadt. Für seine Arbeit wurde das Projekt im Jahr 2007 mit dem Hessischen Tierschutzpreis ausgezeichnet.

#### **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

**Die Linke. Fraktion im Römer**

Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main

**e-mail:** info@dielinke-fraktion.frankfurt.de  
**Internet:** www.dielinke-im-roemer.de

**Telefon :** (069) 95 92 909- 0  
**Fax :** (069) 95 92 909- 17

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Udo Mack

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Hans-Joachim Viehl

**Eingang:**

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 460 auf 490 Punkte angehoben**

**Produktbereich:** 98 Zentrale Finanzwirtschaft  
**Produktgruppe:** 98.06 Steuern und steuerähnliche Einnahmen

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 460 Punkten auf 490 Punkte erhöht. Insoweit wird der Beschluss § 639 vom 14.09.2006 aufgehoben.
2. Es muss sichergestellt werden, dass die Gewerbesteuerhebesätze regional koordiniert und festgelegt werden. Der Magistrat wird beauftragt die Harmonisierung der Gewerbesteuerhebesätze zu initiieren.

#### **Begründung:**

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Stadt Frankfurt. Obwohl in 2009 die Einnahmen eingebrochen sind, liegen sie bei über einer Milliarde Euro.

Eine Erhöhung des Hebesatzes mag angesichts der derzeitigen Krise als kontraproduktiv erscheinen. Allerdings muss man sich die Gründe für die Krise vor Augen führen: Die Finanz- und Bankenkrise ist mitunter ein Resultat des Steuersenkungswettbewerbs. Durch die Steuergeschenke in der Vergangenheit wurden die Banken und international agierenden Unternehmen erst in die Lage versetzt, ihre zusätzlichen Gewinne spekulativ an den Börsen einzusetzen. Nur ein geringer Teil dieser Gewinne wurde in Produktionsmittel investiert.

Eine Steigerung des Hebesatzes um 30 Punkte bringt zusätzlichen finanziellen Spielraum für die Stadt. Mit den Mehreinnahmen müssen dringend benötigte soziale Projekte finanziert werden. Nur durch eine Erhöhung des Hebesatzes werden die Gewinner der Steuersenkungen der vergangenen 12 Jahre ihrer sozialen Verantwortung für diese Stadt gerecht.

## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl

Eingang:

Frankfurt am Main, 17. Februar 2010

## **Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer**

### **Die Kommune stärken: Rekommunalisierung und Beschäftigung für alle**

**Produktbereich:** 98 Zentrale Finanzwirtschaft

**Produktgruppe:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

In den Haushalt 2010/2011 und darauf folgende werden ausreichend Mittel für die Rekommunalisierung zuvor privatisierter Bereiche der öffentlichen Daseinvorsorge bereitgestellt. Ziel ist es, erweiterte kommunale Steuerungsmöglichkeiten zurückzugewinnen.

- I. Rekommunalisierung, öffentliche Daseinvorsorge und Schaffung von öffentlichen Arbeitsplätzen**
  1. Im Bereich der Schulreinigung wird ein Eigenbetrieb gegründet. Die Beschäftigten des Eigenbetriebes werden sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
  2. Die städtischen Küchenbetriebe werden wieder eingerichtet und eine dezentrale Essenversorgung eingeführt.
    - a. Der Vertrag mit Sodexo wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt.
    - b. Die Stadt Frankfurt richtet die „Städtischen Küchenbetriebe“ als Koordinierungs- und Verwaltungsstelle wieder ein.
    - c. Die Vergabe der Leistung soll an verschiedene Frankfurter Träger vergeben werden, die entweder schon eigene Großküchen unterhalten, oder zeitnah solche Betriebe einrichten können. Bevorzugt werden Einrichtungen, die sich auf die Vermittlung von Menschen mit multipeln Vermittlungshemmnissen („Angepasste Arbeit“) spezialisiert haben.

- d. Die Stadt wird in bis zu 6 Regionen (Nord, Nordwest, West, Süd, Ost und Mitte) aufgeteilt. Die Vergabe der Aufträge erfolgt jeweils für eine Region. Die Auftragsvergabe, die Abwicklung und die Qualitätssicherung werden über das wieder geschaffene Amt 76 (Küchenbetriebe) koordiniert.
  - e. Die Mahlzeiten müssen folgenden Ansprüchen genügen
    - Verzicht auf gentechnisch veränderte Lebensmittel.
    - Bevorzugung frischer Ware.
    - Bevorzugung von Produkten aus biologischem Anbau aus der Rhein-Main-Region.
    - Verarbeitung von Frischwaren am gleichen Tag.
    - Minimierung von Lieferzeiten und -wegen. Lückenloser Nachweis der Produktlebensläufe.
3. Wiedereinstellung von Hausmeistern in allen Schulen. Die beschäftigten Hausmeister werden nach TVÖD Tarif bezahlt.
  4. Ausweitung und konsequente Verbilligung des ÖPNV, ausschließliche Eigenvergabe unter Verzicht auf Ausschreibungen. Nach Ablauf der vereinbarten Vertragsfristen Rückführung der über Ausschreibung vergebenen Dienstleistungen und Linien an den städtischen Träger.
  5. Nahversorgung durch sogenannte CAP-Märkte, um
    - a. Menschen mit Vermittlungshemmnissen und Behinderung in geregelte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bieten,
    - b. die Nahversorgung in allen Frankfurter Stadtteilen zu erreichen.

### **Begründung:**

Die Erfahrungen der Privatisierungswelle der vergangenen 20 Jahre haben gezeigt, dass private Anbieter nicht bessere Qualität und günstigere Leistungen erbringen als kommunale Unternehmen. Derzeit erleben wir ein Umdenken in der Politik: Ehemals privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wurden und werden von Kommunen wieder in kommunale Verantwortung überführt. Beispiele finden sich im gesamten Bundesgebiet.

Mit dem Kauf des Energie- und Wasserversorgers Thüga hat Frankfurt zusammen mit anderen Kommunen einen ersten und wichtigen Schritt getan. In einer Pressemitteilung des Kämmerers Uwe Becker hieß es dazu: Mit der Investition werde „letztlich auch Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen“. Ziel sei es, die dauerhafte Versorgung mit Energie zu möglichst günstigen Preisen zu gewährleisten.

Nun heißt es in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge jene Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Rekommunalisierung bedeutet, dass die Daseinsvorsorge weiter in öffentlicher Hand bleibt. Davon profitiert die kommunale Politik durch direkten Einfluss auf die Dienstleistung, dem Preis und die Qualität. Und das kommt all jenen zugute, die nicht zu den gut und sehr gut Verdienenden gehören.



## **DIE LINKE. im Römer**

Lothar Reininger  
Fraktionsvorsitzender

Antragsteller/innen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Zehra Ayyildiz

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner

Stv. Udo Mack

Stv. Hans-Joachim Viehl